

# Umsetzungsplan Sondierung

Limburg ist das Tor nach Europa!

Heerlen, Dezember 2017

Brigitte van der Zanden

euPrevent|EMR



## Inhalt

Inhalt .....	2
1 Gliederung.....	4
2 Anlass .....	5
3 Schlussfolgerungen aus der Sondierung.....	7
Umsetzungsplan.....	11
4 Strukturverbesserung.....	13
4.1 Euregionales Netzwerk in der Euregio Rhein-Maas-Nord .....	13
4.2 Euregionales Netzwerk in der Euregio Maas-Rhein.....	14
4.3 Euregionales Netzwerk für den Gesamtbereich der Sozialagenda .....	16
5 Limburg überall .....	17
6 Schlagkräftige Partner .....	19
6.1 Nachbarregionen im Ausland .....	19
6.2 Nachbarregionen in den Niederlanden .....	21
7 Mehr europäische Mittel für Limburg.....	22
8 Die Energie der Limburger .....	25
9 Priorisierung.....	27
9.1 Konkrete Vorhaben 2018-2019 .....	27
9.2 Konkrete Ergebnisse.....	28
9.3 Voraussichtlich erforderlicher Zeitaufwand .....	29
Anlage 1 Ergebnisse Sondierung .....	30
Inhalt .....	31



# 1 Gliederung

Zu Beginn des Umsetzungsplans wird erläutert, aus welchem Anlass er erstellt wurde. Danach folgen die Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Sondierung. Das Vorgehen bei der Sondierung ist in Anlage 1 beschrieben.

In den Kapiteln von Teil 2 wird dargestellt, wie die Sondierungsergebnisse in den kommenden beiden Jahren, d.h. 2018 und 2019, in konkrete Schritte umgesetzt werden sollen. Die einzelnen Schritte werden nicht nur beschrieben, sondern auch, wer dabei alles eine Rolle spielen könnte.

Der Umsetzungsplan endet mit Kapitel 9 „Priorisierung“, in dem beschrieben wird, was noch 2018 getan werden kann.

**Alle Schlussfolgerungen und Empfehlungen dieses Berichts sind aus Perspektive der „Sozialagenda Limburg 2025“<sup>1</sup> zu lesen, namentlich aus der Perspektive des Konzepts „positive Gesundheit und Partizipation“ sowie in Bezug auf die euregionale und europäische Zusammenarbeit.**

---

<sup>1</sup> Die „Sozialagenda Limburg 2025“ (Sociale Agenda Limburg 2025) wird im Weiteren kurz als „Sozialagenda“ bezeichnet.

## 2 Anlass

*„Auf Kurs für ein vitaleres Limburg“*

*„In Limburg erreichen wir mehr!“*

*„Limburg ohne Grenzen“*

Das ist es, wofür heute die Provinz Limburg<sup>2</sup> einsteht, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Was genau die Provinz damit meint, steht im Koalitionsvertrag 2015-2019<sup>3</sup>, dass nämlich die wirtschaftliche und die soziale Agenda integrale Teile voneinander sind. Bei der Umsetzung beider Agenden muss die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Limburger im Vordergrund stehen. Es soll stärkerer Nachdruck auf den Zusammenhang zwischen (Arbeits-)Partizipation, Ausbildung und Gesundheit gelegt werden.

Dabei steht der Limburger im Mittelpunkt. Während in der Wirtschaftsagenda der Fokus auf ökonomische Strukturverbesserung durch regionale Flexibilität, auf mehr Innovationsvermögen und auf exzellentes fachliches Können der kleinen und mittleren Unternehmen gerichtet ist, wendet sich die Sozialagenda insbesondere an die jüngeren Generationen und an die sozial Schwächeren.

Die Provinz spricht in ihrem Koalitionsvertrag von einer Trendwende, die sie u.a. mithilfe der Sozialagenda erreichen will. Mit der Sozialagenda möchte die Provinz die Limburger vitaler und gesünder machen und Mängel in den Bereichen Gesundheit und Partizipation beseitigen.

Im Koalitionsvertrag hat die Provinz klar angegeben, dass „gedacht und gehandelt werden muss aus grenzüberschreitender Perspektive“<sup>4</sup>, d.h. die Landesgrenzen übersteigend. Diesbezüglich will die Provinz in die euregionale und internationale Zusammenarbeit investieren. Investieren ist nicht länger freie Entscheidung, sondern Notwendigkeit. Auch erwähnt der Koalitionsvertrag, dass täglich Zehntausende Limburger die Landesgrenze passieren. Das bedeutet, dass in der gesamten Transitions- und Transformationsphase die Zusammenarbeit, von der die Provinz im Koalitionsvertrag spricht, nur dann sinnvoll ist, wenn der euregionale Aspekt berücksichtigt wird. Auch im Sozialbereich. Damit die Provinz ihre Vision und ihre Ambitionen wahr machen kann, ist in Bezug auf Gesundheit und Partizipation eine Trendwende erforderlich<sup>5</sup>. „Wir“, „Sie und ich“, die Limburger, aber auch Interessenträger wie die Anbieter von medizinischen Behandlungen und Gesundheitsvorsorge, die Versicherer, Wissenszentren, Gemeinden usw. müssen Gesundheit, unsere eigene Rolle dabei und die Möglichkeiten der Limburger neu sehen lernen. Dabei stellt sich die Frage, was jeder von uns (als Privatperson oder als Professional) selbst tun

---

<sup>2</sup> Die Provinz Limburg wird im Weiteren „Provinz“ genannt

<sup>3</sup> Der Koalitionsvertrag 2015-2019 der Provinz Limburg wird im Weiteren kurz „Koalitionsvertrag“ genannt.

<sup>4</sup> Koalitionsvertrag 2015-2019, Provinz Limburg, S. 5

<sup>5</sup> Rumpen, M., Positionpaper „Euregionale samenwerking gezondheid“, 2017.

und was er von „Anderen“ erwarten kann und darf. Die Provinz will im Hinblick auf eine solche Trendwende den Blick auch über die Landesgrenzen hinaus richten, als ein Mittel für mögliche „Koalitionen zur Strukturverbesserung“<sup>6</sup>. Die Provinz steht nämlich vor denselben gesundheitlichen Herausforderungen wie die uns umringenden Länder und Regionen. Das geht auch aus einem ersten vorsichtigen Fazit hinsichtlich des „Euregio-Faktors“ hervor. Gerade, weil wir alle vor denselben Herausforderungen stehen, können wir – soweit möglich – unser Wissen miteinander teilen und zusammenarbeiten, um die erwünschte Trendwende zu schaffen. Für die Provinz werden Informationsaustausch und Zusammenarbeit im Zeichen ihrer Schwerpunkte positive Gesundheit und Partizipation stehen.

Im Umsetzungsplan wird näher auf die Frage eingegangen, was die Provinz 2018 und 2019 tun kann, um diese Herausforderungen gemeinsam mit den Partnern aus den Nachbarländern zu bewältigen.

---

<sup>6</sup> Rumpen, M., Positionpaper „Euregionale samenwerking gezondheid“, 2017.

### 3 Schlussfolgerungen aus der Sondierung

Aus der Sondierung ergaben sich mehrere Möglichkeiten, die die Provinz 2018-2019 nutzen kann. In diesem Kapitel werden die Teilergebnisse der Sondierung an die im Koalitionsvertrag formulierten Themen gekoppelt. Die Reihenfolge der genannten Punkte ist willkürlich und bedeutet keine Priorisierung. Aus der Sondierung geht hervor, dass für die Provinz der Mehrwert in folgenden Bereichen liegt:

#### 1. *Strukturverbesserung*

Überall dort, wo im Koalitionsvertrag von „Strukturverbesserung“ die Rede ist, lag in der Sondierungsrunde die Betonung auf euregionaler Strukturverbesserung, bei der das Verbinden wichtig ist. Gemeint ist die proaktive Unterstützung euregionaler Netzwerke in dem Bereich, auf den die Sozialagenda abzielt, insbesondere im Bereich von Themen rund um positive Gesundheit und Partizipation. Weil vor allem die euregionale Zusammenarbeit selten oder nie eine vorrangige Priorität der Interessenträger ist (im Gegensatz zu den Euregios), weiß man folglich in den Organisationen auch wenig darüber, wie eine euregionale Zusammenarbeit zustande gebracht werden kann. Zwar ist wie gesagt genügend Interesse vorhanden, aber es fehlt an einem „Antreiber“ mit Sachkenntnis. Die letztendliche Rolle der Euregios bei der Umsetzung der Ziele der Provinz in puncto Sozialagenda und dann namentlich bei der Kombination von positiver Gesundheit und euregionaler und europäischer Zusammenarbeit ist mal mehr, mal weniger groß. In den mit den Euregios geführten Gesprächen ergab sich, dass alle das Konzept „positive Gesundheit“ auch als Zukunft für ihre Region sehen (möchten). Gerade durch die sich verändernde Rolle der Gesellschaft und somit auch der Interessenträger und Bürger ist das Thema positive Gesundheit auch für die Euregios untrennbar mit den Fortschritten in ihrer Region verbunden. Allerdings bestehen, wie dargelegt, zwischen den Euregios Unterschiede.

Insbesondere die Euregio Rhein-Maas-Nord<sup>7</sup> hat nachdrücklich gegenüber u.a. amtlichen Vertretern der Provinz erklärt, mit ihren Partnern, den Gemeinden, darüber sprechen zu wollen, wie sie der Sozialagenda im euregionalen Sinn Priorität geben können, zusammen mit euPrevent und der Provinz. Die ERMN will damit 2018 beginnen.

Die Euregio Maas-Rhein<sup>8</sup> hat erklärt, die gute Zusammenarbeit, die bereits zwischen Provinz, EMR und euPrevent besteht, weiter ausbauen zu wollen, um insbesondere auch auf dem Gebiet der positiven Gesundheit im weitesten Sinne des Wortes Schrittmacher zu bleiben. Dabei unterstützt die EMR auch die Kooperation mit Organisationen wie der „World Health Organisation“<sup>9</sup>, der Dachorganisation des weltweiten öffentlichen

---

<sup>7</sup> Im Weiteren ERMN.

<sup>8</sup> Im Weiteren EMR.

<sup>9</sup> Im Weiteren WHO.

Gesundheitswesens, um möglichst schnell und effektiv die neuesten Aktivitäten auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge für die Bürger der EMR verfügbar zu machen.

In Bezug auf die einzelnen Themen der Sozialagenda (Ausbildung, Arbeit und Gesundheit) gibt es bereits energische Bemühungen um eine euregionale Zusammenarbeit. Jedoch werden diese drei Bereiche, wenn es um euregionale Zusammenarbeit geht, meist einzeln in Angriff genommen. Sowohl zwecks Umsetzung der eigenen Sozialagenda als auch der Rahmenvorgaben für die intersektorielle Gesundheitspolitik – „Health in all Policies“<sup>10</sup> – ist es gut, diese Themen zusammenzuführen. Anders formuliert, die Partner, die euregional in den Bereichen Arbeit, Ausbildung und Gesundheit kooperieren, können im Zuge der Zusammenarbeit voneinander lernen und sich austauschen, um mehr Synergieeffekte zu generieren.

Die Provinz könnte dabei eine fördernde und unterstützende Rolle spielen, Dinge in Bewegung setzen und zugleich den Überblick über alles behalten, was in der Provinz geschieht bzw. was in Abstimmung mit den Euregios und den Interessenträgern geschehen sollte.

- Euregionaler Dialog.* Gebraucht wird nicht nur ein „Antreiber“, sondern auch jemand, der die Sitten, die Kultur und die Sprachen der Nachbarländer versteht. Jemand, der weiß, an wen man sich im Nachbarland wenden muss und der helfen kann, auf dem Gebiet der euregionalen Zusammenarbeit das Gespräch zwischen den verschiedenen Interessenträgern in transparenter Weise in Gang zu setzen. Aus der Sondierung ging klar hervor, dass die Gemeinden sowohl Interesse an positiver Gesundheit als auch an einer euregionalen Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden und den Interessenträgern haben, die für die Umsetzung ihrer Ziele von Bedeutung sein können. Dabei sagten die Gemeinden, dass die Provinz vor allem eine vermittelnde und verbindende Rolle übernehmen müsste. Die Provinz gilt – ungeachtet der Tatsache, dass sie gesetzlich in Bezug auf Gesundheitsvorsorge keine Aufgaben hat – als wichtiger Initiator und verbindende Institution. Sie hat die Initiative ergriffen und will zur ersten niederländischen Provinz für positive Gesundheit werden. Die limburgischen Gemeinden unterstützen dies und wissen den Mehrwert davon zu schätzen. Das heißt, dass die meisten Gemeinden in ihrer Politik die Themen, die für die positive Gesundheit wichtig sind, berücksichtigt haben bzw. berücksichtigen wollen.

Die Gemeinden möchten bei der Kontaktaufnahme mit benachbarten ausländischen Gemeinden von der Provinz auch strategisch und operativ unterstützt werden, Als Aufgabe der Provinz gilt auch die Kräftebündelung, um die euregionale Zusammenarbeit in die Wege zu leiten.

---

<sup>10</sup> Im Weiteren HiAP.

3. *Mehr europäische Mittel nach Limburg*, d.h. Unterstützung beim Einwerben europäischer und euregionaler Fördermittel. Alle Interessenträger sind davon überzeugt, dass genügend europäische und euregionale Mittel zur Verfügung stehen, auch für die Themen, die mit positiver Gesundheit und Partizipation in Zusammenhang stehen. Aber der Weg, auf dem europäische und euregionale Fördermittel erlangt werden können, ist für viele zu kompliziert bzw. zu zeitraubend. Die Verfahren seien schwierig, die administrativen Prozesse aufwändig und man müsse viel Geduld mitbringen. Das alles sei oft frustrierend.  
Nach Meinung der Interessenträger könne dabei die Provinz eine hilfreiche Rolle spielen.
4. *Limburg überall*. Zum gemeinsamen Promoting (durch Provinz und Gemeinden) der Themen positive Gesundheit, Partizipation und der damit verwandten limburgischen Themen in Den Haag und Brüssel sei eine Kräftebündelung angezeigt. Laut einer Reihe von Interessenträgern werde für Limburg zwar in Den Haag und Brüssel geworben, aber mehr aus der Perspektive sozialer Themen wie Arbeitsmarkt und Ausbildung und noch zu wenig bezüglich Themen wie positive Gesundheit, Partizipation und Prävention. „Für die Perlen von Limburg muss geworben werden!“, wurde gesagt. Und das müsste gemeinsam und zielgerichtet geschehen, denn dann könne die Zusammenarbeit zwischen den limburgischen Interessenträgern und denen aus den angrenzenden Gebieten wirkungsvoller werden. Außerdem besteht zwischen den Politikfeldern Wirtschaft, Ausbildung, Gesundheit und Arbeit eine Wechselwirkung. Sie sind unlöslich mit einander verbunden. Dies findet auf europäischer Ebene und weltweit seinen Niederschlag in strategischen Rahmenvorgaben wie HiAP und Active Ageing, die auf die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften übertragen werden müssen, vor allem auch in den Grenzregionen.  
Dafür ist eine Institution wünschenswert, die dies auf internationaler Ebene leisten kann, eine Rolle, die für die Provinz wie geschaffen scheint.  
Die Provinz könne die Interessenträger aus Limburg gut in Den Haag und Brüssel vertreten.
5. *Schlagkräftige euregionale Kooperationspartner*. Hierbei geht es – wenn Bedarf dafür vorhanden ist – um das bilaterale Aufgreifen von Themen durch die Provinz und die angrenzenden niederländischen und ausländischen Regionen. Der Unterschied zwischen den Bedürfnissen Limburgs und denen der angrenzenden Regionen ist nicht groß, allerdings liegen die Akzente manchmal anders. Es gibt beispielsweise Themen, die höhere Priorität für Flandern haben (Daten und gesundes Innenraumklima) als für die Region Köln (Arbeitsmarkt, Gesundheit und innovative Versorgung) und umgekehrt.  
Die Rolle der Provinz könnte darin bestehen zu prüfen, welche Themen in Limburg für welche Interessengruppen bedeutsam sind, sowie die entsprechenden Erstkontakte zu ermöglichen und zu unterstützen.
6. *Anschluss Suchen zur in der Gesellschaft vorhandenen Energie*. Das heißt, die Politik der euregionalen Zusammenarbeit fortzuführen und deren Möglichkeiten zu erweitern. Die

Bürger sollten bei euregionalen Initiativen stärker einbezogen und öfter angehört werden.

Darüber hinaus sollte den Bürgern die Rolle der Gemeinden und der Provinz bei der euregionalen Zusammenarbeit besser verdeutlicht werden.

Wenn es um das Anschlussfinden an die in der Gesellschaft vorhandene Energie geht, müssen nicht nur die Bedürfnisse und Wünsche der Bürger berücksichtigt werden, sondern auch die Bedürfnisse und Wünsche der Interessenträger. Die Interessenträger benannten viele konkrete Themen der euregionalen Zusammenarbeit, für die sie sich interessieren. Wie gesagt, schließen diese teilweise an die Sozialagenda an. Die Interessenträger sagen auch, dass sie diese Themen aufgreifen möchten, aber nicht immer genau wissen, wie vorzugehen ist. Ob diese Themen aufgegriffen werden oder nicht, ist Sache der Interessenträger selbst, auch wenn unter ihnen der starke Wunsch nach „jemandem“ besteht, der sie dabei beraten und begleiten kann, oft nur, weil sie keine Ansprechpartner jenseits der Grenze kennen oder nicht wissen, wie vorzugehen ist.

Hier können die Euregios einspringen (siehe Strukturverbesserung), wobei die Provinz eine fördernde und unterstützende Funktion hat.

## Umsetzungsplan

Anhand der Sondierung (Anlage 1) wird dargestellt, was die Provinz in den Jahren 2018 und 2019 für die euregionale und europäische Zusammenarbeit in puncto Sozialagenda tun könnte. Darum geht es hier um die euregionale Dimension von „Limburg in Aktion!“<sup>11</sup>.

Die potenziellen euregionalen und europäischen Aktionspunkte der Provinz, auf die bereits in Kapitel 2 kurz verwiesen wurde, werden weiter ausgearbeitet. Der Inhalt der Kapitel wird gemäß den Werten, die die Provinz vertritt, ausgestaltet. Die Reihenfolge der genannten Aktionspunkte sagt nichts über eine Priorisierung. Die Provinz kann selbst entscheiden, was für sie Priorität hat und was nicht.

Bei jeder Maßnahme wird angegeben, welche weiterführenden Schritte in Frage kommen und welche Interessenträger sich daran beteiligen könnten. Bei der Erstellung des Umsetzungsplans wurden auftragsgemäß nur Aktivitäten berücksichtigt, die 2018-2019 realisiert werden können.

Die folgenden Prioritäten könnten umgesetzt werden

### 1. Strukturverbesserung

Die Verstärkung der euregionalen Zusammenarbeit, um euregionale Strukturverbesserungen zu erreichen.

- a. euregionales Netzwerk in der ERMN
- b. euregionales Netzwerk in der EMR
- c. euregionales Netzwerk für den gesamten Bereich der Sozialagenda

### 2. Limburg überall

Lobby auf internationaler Ebene in Brüssel und Den Haag, um die Sozialagenda zu promoten.

### 3. Schlagkräftige Partner

Zusammenarbeit mit benachbarten Regionen, um der Sozialagenda einen zusätzlichen Impuls zu geben.

- a. Nachbarregionen in den Niederlanden
- b. Nachbarregionen im Ausland

### 4. Mehr europäische Mittel für Limburg

---

<sup>11</sup> „Limburg in actie!“, Koalitionsvertrag 2015-2019, Provinz Limburg, S. 7

Einwerbung europäischer Mittel auch für die Umsetzung der euregionalen und europäischen Ziele der Provinz bezüglich der Sozialagenda.

#### **5. Gesellschaftliche Energie**

Einbeziehung der Limburger in die euregionale Zusammenarbeit und Verbesserung ihrer Gesundheitskompetenz, um die Kräfte der Limburger zu stärken.

In den folgenden Kapiteln wird jedes der oben genannten Themen weiter ausgearbeitet sowie welche Zielsetzungen jeweils dazugehören und was zum Jahresende 2019 erreicht sein muss. Dabei wird auch je Thema angegeben, welche potenziellen Kooperationspartner bei der Umsetzung der Ziele einbezogen werden können.

## 4 Strukturverbesserung

Bei der Strukturverbesserung geht es sowohl um euregionale als auch soziale Aspekte. In den folgenden Abschnitten wird auf die Strukturverbesserungen in ERMN und EMR eingegangen.

### 4.1 Euregionales Netzwerk in der Euregio Rhein-Maas-Nord

Wie aus der Sondierung hervorgeht, besteht vor allem in Nord- und Mittellimburg Bedarf an detaillierten Erkenntnissen, ob ein euregionales Netzwerk rund um die Sozialagenda notwendig ist oder nicht, namentlich rund um die mit Partizipation und positiver Gesundheit verknüpften Themen. Die ERMN möchte dabei Partner sein und gemeinsam mit euPrevent und Provinz eine Vorreiterrolle übernehmen. Darüber haben die Direktion der ERMN, die Provinz und euPrevent Vereinbarungen getroffen.

#### Zielsetzungen:

- Für die ERMN und ihre Interessenträger ist klar geworden, ob und, wenn ja, wie die die strukturelle euregionale Zusammenarbeit auf der Ebene der (öffentlichen) Gesundheitsvorsorge in Angriff genommen wird, wobei die Rahmenvorgaben für positive Gesundheit und Partizipation sowie die Bedürfnisse und Wünsche der Interessenträger im Bereich der ERMN zu berücksichtigen sind.

Folgende Fragen müssen dabei beachtet werden:

- Worin soll unsere strukturelle Zusammenarbeit konkret bestehen? Um welche Themen soll es genau gehen? Und was wird tatsächlich geschehen?
- Wer soll alles einbezogen werden? Genauer gesagt: Welche Organisationen müssen die Zusammenarbeit unterstützen und welche setzen sie auch wirklich effizient um?
- Wie wird die strukturelle Zusammenarbeit finanziert?
- Was bedeutet das für die in der ERMN wohnhaften Bürger?
- Wie wird der euregionale Kooperationsverbund die Trendwende, die die Provinz bis 2025 bei positiver Gesundheit und Partizipation anstrebt, unterstützen?

#### Was soll Ende 2019 konkret erreicht sein?

- Es muss eine euregionale Aktivität eingeleitet worden sein, die zu den Themen positive Gesundheit bzw. Partizipation passt. Sie muss eine direkte Wirkung zumindest bei den Limburgern erzielen. Eine Idee für eine Maßnahme ist die Inszenierung eines Theaterstücks für Limburger einschließlich Nachbesprechung mit den Teilnehmern mit

dem Ziel, sie mit dem Thema positive Gesundheit und dessen Bedeutung bekannt zu machen.

- Bei der ERMN wurde ein Interreg-VA-Antrag gestellt, in den jedenfalls folgende Themen einfließen:
  - a. die Existenz eines euregionalen Netzwerks
  - b. positive Gesundheit
  - c. Nachhaltigkeit der strukturellen Zusammenarbeit
  - d. euregionale Zusammenarbeit in Bezug auf kommunale Sozialpolitik

#### Potenzielle Kooperationspartner:

Um dies erreichen zu können, ist die Beteiligung unterschiedlicher Partner notwendig.

- Provinz Limburg
- ERMN
- euPrevent
- GGD (Kommunaler Gesundheitsdienst) Nordlimburg und Gesundheitsamt Vierssen
- Gemeinden und Interessenträger der ERMN.

## **4.2 Euregionales Netzwerk in der Euregio Maas-Rhein**

Wie gesagt, besteht innerhalb der Euregio Maas-Rhein bereits eine gut funktionierende Zusammenarbeit. euPrevent spielt dabei eine große Rolle. Ein Unterschied zur Struktur in der ERMN ist allerdings, dass sich die Gemeinden in der EMR bei der euregionalen Zusammenarbeit noch zurückhalten. In der Leitung der EMR ist eine Reihe von großen Gemeinden vertreten, aber die Gemeinden sind formal keine Partner der EMR. Innerhalb von euPrevent sind momentan auch noch keine Gemeinden offiziell vertreten, weil die Struktur der EMR anders ist als die der ERMN.

#### Zielsetzungen:

Innerhalb des Tätigkeitsgebiets der EMR gibt es mehrere Ziele, die vor Ende 2019 realisiert sein müssen:

- Mitgestaltung des strategischen Plans der EMR aus der Perspektive der (öffentlichen) Gesundheit und Partizipation für den Zeitraum 2020 und danach
- strukturelle Einbeziehung der lokalen limburgischen Behörden, d.h. der Gemeinden, in die euregionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet positive Gesundheit und Partizipation
- den Rahmenvorgaben über positive Gesundheit und „Health in all Policies“ euregionale Bekanntheit verschaffen sowie deren Bedeutung für die Verstärkung der Position der

EMR im Ganzen, für die Interessenträger in der EMR und für die in der EMR wohnhaften Bürger bewusst machen

- Stärkung der Interessenträger, damit sie – mit Unterstützung der EMR und eventuell von euPrevent – den Bedürfnissen und Wünschen in Bezug auf die euregionale Zusammenarbeit besser gerecht werden können.

#### Was soll Ende 2019 konkret erreicht sein?

- In den neuen strategischen Plan der EMR müssen klare Aktionspunkte aufgenommen sein, die zur Verwirklichung der Ziele der Provinz betreffs der Sozialagenda beitragen, d.h. zu einer Trendwende durch u.a. positive Gesundheit und Partizipation führen. Dabei müssen berücksichtigt werden:
  - die sozial schwächsten Bürger
  - die jüngeren Generationen
  - Bürgerpartizipation
  - strukturverbessernde Maßnahmen
  - innovative Kommunikationsmittel wie Vloggen und
  - das Engagement der lokalen Verwaltungen der Provinz.
- Die Hälfte der Gemeinden im Tätigkeitsbereich der EMR ist an euregionalen Aktivitäten in Bezug auf positive Gesundheit und Partizipation beteiligt, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten, indem sie sich an mehreren euregionalen Aktivitäten beteiligen wie People-to-People-Projekten rund um
  - positive Gesundheit und deren Bedeutung für die Limburger; dazu soll ein Theaterstück dienen
  - neue Kommunikationsmittel wie Vloggen; Vloggen ist der neueste Trend und wird auch von den jüngeren Generationen immer mehr verwendet.
- Die Rahmenvorgaben für positive Gesundheit und „Health in all Policies“ sind, was die euregionale Zusammenarbeit betrifft, bei den limburgischen und den angrenzenden Gemeinden in Belgien und Deutschland bekannt.
- Mindestens 5 Interessenträger haben ihre Bedürfnisse und Wünsche hinsichtlich der euregionalen Zusammenarbeit für Projektanträge oder Kooperationsverbunde mit Interessenträgern aus einem Nachbarland konkret ausgearbeitet.

#### Potenzielle Kooperationspartner:

Bei diesen Aktivitäten ist ein Engagement folgender Partner zu erwarten:

- Provinz Limburg
- euPrevent
- Gemeinden in Südlimburg

- GGD Südlimburg
- Interessenträger in Südlimburg.

### 4.3 Euregionales Netzwerk für den Gesamtbereich der Sozialagenda

Innerhalb Limburgs sind auf allen Ebenen des Sozialbereichs bereits verschiedene euregionale Netzwerke aktiv, also auch auf der Ebene Beschäftigung und Ausbildung. Für die Arbeitsvermittlung gibt es Item und für Studiengänge haben sowohl die Universität Maastricht als auch die Zuyd Hogeschool eigene euregionale Aktivitäten und Kooperationsgemeinschaften, Initiativen, die ausgezeichnet zum Bestreben der Provinz passen, eine Trendwende im Sozialbereich zu erreichen. Eine euregionale Zusammenarbeit zwischen den Teilgebieten Beschäftigung und Ausbildung bietet sich an und findet auch regelmäßig statt. Die Verbindung mit euregional orientierten Netzwerken im Bereich Gesundheitsversorgung ist weniger evident. Bis zur Sondierung bestand keine oder nur eine unbedeutende Zusammenarbeit zwischen etwa Item, der Universität Maastricht, der Zuyd Hogeschool und euPrevent, soweit es die **euregionale** Kombination von Arbeit, Ausbildung und Gesundheit betraf, d.h. die gesamte Palette der Sozialagenda.

#### Zielsetzung:

Rund um das euregionale Netzwerk muss bis Ende 2019 das Ziel sein:

- Die bereits bestehenden euregionalen Netzwerke kooperieren, um aus euregionaler Perspektive die Sozialagenda zu unterstützen.

#### Was soll Ende 2019 konkret erreicht sein?

- Notwendig sind regelmäßige Beratungen über die Zusammenarbeit zwischen Item, euPrevent, Zuyd Hogeschool und Universität Maastricht.

#### Potenzielle Kooperationspartner:

- Provinz Limburg
- euPrevent
- Item, UM, Zuyd Hogeschool

## 5 Limburg überall

Das Promoting der limburgischen Sozialagenda in Den Haag, Brüssel und auf internationaler Ebene ist - aus den oben dargestellten Gründen - sinnvoll und laut Koalitionsvertrag auch vorgesehen. Laut Koalitionsvertrag besteht die Absicht, in Den Haag, Brüssel und international proaktiv zu operieren, damit auf all diesen Ebenen im Interesse der Provinz Querverbindungen hergestellt und rechtzeitig finanzielle Optionen signalisiert werden. Das gilt insbesondere für die Themen positive Gesundheit und Partizipation.

### Zielsetzungen:

- Ende 2019 sind die Vorhaben Limburgs aus der Sozialagenda – namentlich positive Gesundheit und Partizipation – bei noch zu benennenden Ministerien und Institutionen in Den Haag, Brüssel und auf internationaler Ebene bekannt.
- Limburg gilt in Den Haag, Brüssel und auf internationaler Ebene bei der euregionalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens im Allgemeinen und speziell auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit als eine führende Wissensregion. Die Provinz wird dann bei allerlei euregionalen Themen, die im weitesten Sinne in Verbindung mit dem Gesundheitswesen stehen, konsultiert.
- Limburg hat sich beim „Regions for Health Network“ (RHN) der WHO und beim „Ausschuss der Regionen“ (AdR) als Mitveranstalter eines Europäischen Kongresses über Fragen des Gesundheitswesens, die für die Regionen wichtig sind, einen Namen gemacht

### Was soll Ende 2019 konkret erreicht sein?

- Zustande gekommen ist eine funktionelle Zusammenarbeit zwischen den Lobbyisten der Provinz und euPrevent mit klaren Absprachen darüber, wer was genau tut.
- Es wurde eine Übersicht über alle für Limburg wichtigen Organisationen und Netzwerke des Gesundheitswesens in Brüssel und auf internationaler Ebene erstellt. Dabei sind jeweils die Themen positive Gesundheit, Partizipation und öffentliche Gesundheit zu berücksichtigen. Von diesen Netzwerken/Organisationen muss auf jeden Fall Folgendes bekannt sein:
  - wofür sie sich einsetzen
  - was genau sie konkret tun
  - was ihre Zielgruppe ist und wer ihre Partner
  - ob ein Interessenträger aus Limburg zu dem Netzwerk/der Organisation gehört
  - was diese Organisation/dieses Netzwerk für Limburg und seine Interessenträger bedeuten kann

- Es fand ein Kongress zu Fragen des Gesundheitswesens statt, der in Zusammenarbeit mit WHO-RHN, dem AdR und der Euregio Maas-Rhein veranstaltet wurde. Auf dem Kongress wurden auch Erfolgsgeschichten aus Limburg vorgestellt und Limburg hat aufgezeigt, wie es die anvisierte Trendwende erreichen will.

Potenzielle Kooperationspartner:

- Provinz Limburg
- euPrevent
- limburgische Interessenträger mit guten Beziehungen zu Institutionen in Brüssel

## 6 Schlagkräftige Partner

Um in einer Region wie Limburg eine Trendwende erreichen zu können, sind schlagkräftige Partner unentbehrlich, nicht nur in Limburg, sondern auch in den benachbarten (ausländischen) Regionen. Limburg ist keine Insel und kann sich daher auch keine isolierten Ziele leisten. Gouverneur Bovens hat zutreffend gesagt: „*Limburg hat gute Karten für eine Transformation. Limburg besitzt so viele Netzwerke. Wenn man da frische Luft in Form neuen Wissens hineinbläst, wird Limburg zu einer lernfähigen Provinz.*“<sup>12</sup>

Deshalb ist eine Zusammenarbeit mit Regionen wie Köln, Flandern/Belgisch-Limburg, der Provinz Lüttich, Ostbelgien und der Provinz Nordbrabant wichtig.

### 6.1 Nachbarregionen im Ausland

Mit den meisten angrenzenden Regionen wurde auch über die Themen, die sie bilateral mit Limburg oder multilateral ausarbeiten wollen, gesprochen.

Name der Region	Themen mit Bezug auf die Sozialagenda
<b>Region Köln</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Vorsorge an Schulen mit niedrigem Ausbildungsgrad</li> <li>• betriebliche Gesundheitsversorgung und Vorsorge</li> <li>• Gesundheitskompetenz (Health Literacy)</li> <li>• Asylbewerber und Gesundheitsversorgung</li> <li>• Daten</li> <li>• gesundes Innenraumklima</li> </ul>
<b>Flandern</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesundheitskompetenz (Health Literacy)</li> <li>• Daten</li> <li>• Ansprechen sozial schwacher und chancenarmer Zielgruppen</li> <li>• Innenraumklima</li> </ul>
<b>Ostbelgien</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Daten</li> <li>• Vermittlung sozialer Normen</li> <li>• Antibiotikaresistenz</li> </ul>

<sup>12</sup> „Koers voor een vitaler Limburg“, 2015, S. 18

All diese Themen können in Limburg in euregionaler Zusammenarbeit von verschiedenen Partnern aufgegriffen werden. Die Provinz entscheidet selbst, mit welchen Themen und welchen Regionen sie eine Zusammenarbeit eingeht.

#### Zielsetzungen:

- Die Provinz hat festgelegt, bei welchem oder welchen der oben genannten Themen sie eine Zusammenarbeit eingeht.
- Wenn die Provinz ein oder mehrere der oben genannten Themen ausgewählt hat, wird je nach Thema ein Aktionsplan erstellt und werden erste Schritte zu dessen konkreter Ausarbeitung eingeleitet.

#### Was soll Ende 2019 konkret erreicht sein?

- Die Provinz hat entschieden ob und bei welchen Themen sie mit den Interessenträgern einer bestimmten Region konkret zusammenarbeiten will.
- Falls ein oder mehrere der oben genannten Themen ausgewählt wurden, muss Ende 2019 Folgendes realisiert sein:
  - Ein Projektplan mit einer konkreten Ausarbeitung zu den ausgewählten Themen. Darin muss stehen, was konkret getan und wer daran beteiligt werden soll und wie alles finanziert wird.
  - Mit der Implementierung des Projektplans wurde ein Anfang gemacht.

#### Potenzielle Kooperationspartner:

- Provinz Limburg
- Interessenträger in der benachbarten Region
- euPrevent

Im vorliegenden Umsetzungsplan sind in Bezug auf die Provinz Lüttich keine Aktionspunkte zu finden (Stand Dezember 2017). Lüttich hat während der Sondierung erklärt, wegen einer geplanten Reorganisation vor Ende 2019 keine euregionalen Schritte zu unternehmen. Man weiß dort also nicht genau, wohin es gehen wird. Man will sich aber weiter an denjenigen Initiativen beteiligen, an denen man schon mitarbeitet. Dabei geht es um Initiativen von euPrevent. Vereinbart wurde, dass die Provinz Lüttich Kontakt mit Limburg aufnimmt, sobald man so weit ist.

## 6.2 Nachbarregionen in den Niederlanden

Bei den angrenzenden niederländischen Regionen geht es in diesem Fall ausschließlich um die Provinz Nordbrabant. Limburg grenzt zwar auch an die Provinz Gelderland, aber mit dieser Provinz wurde im Rahmen dieser Sondierung nicht gesprochen. Grund dafür ist, dass Limburg nur ein sehr kleines Stück an die Provinz Gelderland grenzt. In einem späteren Stadium könnte das noch nachgeholt werden. Mit der Provinz Nordbrabant gab es schon in einem früheren Stadium Kontakte. Dort hat man bereits Kenntnisse über und Erfahrungen mit der europäischen Zusammenarbeit und deren positiven Effekten auf die Interessenträger in Nordbrabant. Limburg kann davon lernen.

### Zielsetzungen:

- Nordbrabant und Limburg haben miteinander eine strukturelle Beziehung aufgebaut, d.h., sie
  - betreiben Wissensaustausch
  - kennen die jeweiligen „Best-Practices“
  - wissen Bescheid über die jeweiligen Beziehungen zu Den Haag und Brüssel und informieren einander ständig darüber.

### Was soll Ende 2019 konkret erreicht sein?

- Zwischen Nordbrabant und Limburg entstanden nachhaltige funktionelle Kontakte.
- Limburg hat eine Reihe von Best-Practices aus Nordbrabant kennen gelernt und deren Nutzen für die Interessenträger dort.

### Potenzielle Kooperationspartner:

- Provinz Limburg
- Provinz Nordbrabant
- euPrevent

## 7 Mehr europäische Mittel für Limburg

Zur Realisierung der Ziele der Provinz in Bezug auf Strukturverbesserungen und – verbunden damit – die Sozialagenda sowie die euregionale Zusammenarbeit sind Investitionen notwendig. Für diese Investitionen will die Provinz die Möglichkeiten einer Zusatzfinanzierung aus Brüssel ausloten. Dazu will die Provinz im Hinblick auf europäische Fördermittel<sup>13</sup>

- sich an den wichtigsten Netzwerken beteiligen und dabei Allianzen schmieden
- sich an den Überlegungen über die Gestaltung der (neuen) EU-Programme und der Verteilungskriterien beteiligen
- die Beschlussfassung über die Mittelverteilung aus den Fonds beeinflussen.

Die Themen, die zur Sozialagenda der Provinz gehören, haben in Brüssel nur teilweise erste Priorität. So hat alles, was in Verbindung mit Beschäftigung, Wachstum und Ausbildung steht Priorität, während alles, was mit dem Gesundheitsstatus der Bürger zu tun hat, als Sache der Mitgliedstaaten gilt. Bezüglich der Gesundheitsversorgung steht die EU auf folgendem Standpunkt<sup>14</sup>:

*„Für die Organisation und Bereitstellung der Gesundheitsversorgung sind die nationalen Behörden zuständig. Aufgabe der EU ist es, die nationale Politik zu ergänzen, indem sie*

- *die EU-Länder bei der Erreichung gemeinsamer Ziele unterstützt,*
- *Größenvorteile durch die Bündelung von Ressourcen schafft,*
- *den EU-Ländern bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen wie Pandemien, chronischen Krankheiten oder den Auswirkungen der höheren Lebenserwartung auf die Gesundheitssysteme hilft.*

*Schwerpunkte der EU-Gesundheitspolitik im Rahmen der Gesundheitsstrategie:*

- *Vorbeugung, vor allem durch die Förderung einer gesünderen Lebensweise*
- *Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu Gesundheit und hochwertiger Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig von Einkommen, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit usw.*
- *Bekämpfung ernster Gesundheitsbedrohungen, die mehr als ein EU-Land betreffen*
- *Erhalt der Gesundheit bis ins hohe Alter*
- *Förderung dynamischer Gesundheitssysteme und neuer Technologien.“*

---

<sup>13</sup> „Limburg in actie!“, Koalitionsvertrag 2015-2019, Provinz Limburg, S. 13

<sup>14</sup> [https://europa.eu/european-union/topics/health\\_nl](https://europa.eu/european-union/topics/health_nl)

Jedoch erkennt die EU an, dass die Gesundheit der Bürger Einfluss auf ihr Wohlbefinden hat<sup>15</sup>.

Die Förderprogramme der EU zielen daher meist auch indirekt auf die Gesundheitsversorgung (im weitesten Sinne). Die Programme sind z.B. zugeschnitten auf Innovation, Beschäftigung oder Ausbildung, können aber auch die Gesundheitsversorgung betreffen: Innovation der Gesundheitsversorgung oder Schaffung von Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen. Außerdem werden eine Reihe von speziellen Ausschreibungsrunden (Calls) durchgeführt, die sich unmittelbar auf den Gesundheitszustand der Bürger beziehen. Diese stehen meist in Zusammenhang mit den oben genannten Themen wie Vorsorge und gesundes Altern.

Es gibt folglich gewiss Chancen, Anspruch auf Fördermittel aus Brüssel zu erheben, wenn – ausgehend von den Subventionsprogrammen – die Prioritäten der Provinz und der EU richtig berücksichtigt werden. Werden solche Chancen rechtzeitig signalisiert, können die Interessenträger in Limburg diese im Interesse der Bürger nutzen.

#### Zielsetzung:

Ende 2019 muss Folgendes realisiert sein:

- Die limburgischen Interessenträger haben in Abstimmung mit der Provinz EU-Fördermöglichkeiten betreffs der limburgischen Sozialagenda genutzt, wobei der Nachdruck auf positiver Gesundheit, Partizipation und öffentlicher Gesundheit liegt.

#### Was soll Ende 2019 konkret erreicht sein?

Damit die Zielsetzungen verwirklicht werden können, d.h. damit mögliche finanzielle Chancen so rechtzeitig bekannt sind, dass Limburg darauf reagieren kann, muss Ende 2019 konkret das Folgende erreicht sein:

- Erstellung einer Übersicht darüber, welche EU-Förderprogramme in Bezug auf positive Gesundheit, Partizipation und öffentliche Gesundheit für die Provinz laufen
- mindestens 1 Förderantrag eines zur Sozialagenda passenden Projekts wurde bei einem der EU-Subventionsprogramme in Brüssel eingereicht.

#### Potenzielle Kooperationspartner:

- Provinz Limburg
- euPrevent
- Euregios

---

<sup>15</sup> [https://europa.eu/european-union/topics/health\\_nl](https://europa.eu/european-union/topics/health_nl)

- weitere Interessenträger

## 8 Die Energie der Limburger

Die euregionale Zusammenarbeit ist im Interesse aller 1,1 Millionen Limburger. Das heißt, dass auch die Limburger an diesen Entwicklungen beteiligt werden müssen und werden können, auf jeden Fall was die Philosophie der positiven Gesundheit und Partizipation betrifft. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass der Limburger selbst die Regie über sein Leben hat. Eine Trendwende zur Verbesserung seines Gesundheitsstatus sollte machbar sein. Um diese Trendwende zu schaffen, müssen die Interessenträger die Akzente durchaus anders setzen, so dass sich eine solche Strukturveränderung auch tatsächlich vollzieht (die Provinz bietet den Interessenträgern entsprechende Leitfäden an). Dazu kann die euregionale Zusammenarbeit ihren Teil beitragen. In dieser Transitionsphase sind in der Provinz alle Interessenträger wichtig, also auch jeder einzelne Limburger.

### Zielsetzung:

- Die Limburger beteiligen sich aktiv an der Implementierung der Sozialagenda, also auch im Hinblick auf eine euregionale Zusammenarbeit.
- Die Limburger wissen, bei welchen Interessenträgern sie sich informieren können, falls sie von den Angeboten der Nachbarregionen auf sozialem Gebiet Gebrauch machen möchten.
- Die Limburger verfügen über genügend Gesundheitskompetenz, um Angebote in den angrenzenden Auslandsregionen zur positiven Beeinflussung ihrer Gesundheit und ihrer Lebensweise zu nutzen.

### Was soll Ende 2019 konkret erreicht sein?

- Für Limburger wurde eine konkrete Aktivität ins Leben gerufen, durch die sie auf das Thema positive Gesundheit, euregionale Möglichkeiten/Chancen und Partizipation hingelenkt werden. Die Limburger lernen dabei, was für sie in diesem Rahmen positive Gesundheit und euregionale Zusammenarbeit bedeuten kann. Dies wird mit einem Theaterstück „positive Gesundheit“ erreicht. Dazu gehört zum einen die Theatervorstellung, zum anderen eine Nachbesprechung mit dem Publikum. Die Gruppen bestehen maximal aus 25 Personen.
- Der „Limburger“ als Interessenträger wird in alle Initiativen rund um die Sozialagenda und die euregionale Zusammenarbeit einbezogen. Das beinhaltet konkret, dass zu dem Zeitpunkt, zu dem ein Projekt oder eine Aktivität im Rahmen der euregionalen Zusammenarbeit und der Sozialagenda entwickelt wird, die Limburger bzw. Vertreter der Limburger vom ersten Augenblick an einbezogen werden. Das können Organisationen

sein wie „Huis voor de Zorg“, „Zorgbelang Limburg“ oder Seniorenverbände. Das hängt vom jeweiligen Inhalt und den Möglichkeiten der Limburger/ihrer Vertreter ab.

Potenzielle Kooperationspartner:

- Provinz Limburg
- euPrevent
- Interessenträger, z.B. „Huis voor de Zorg“, „Zorgbelang Limburg“, Seniorenverbände usw.

## 9 Priorisierung

Die Sondierung und der daraus abgeleitete Umsetzungsplan bieten viele Möglichkeiten der euregionalen Zusammenarbeit in Bezug auf die Sozialagenda und namentlich in Bezug auf positive Gesundheit und Partizipation. Diese Möglichkeiten sind in den vorstehenden Kapiteln und in Anlage 1 beschrieben.

Um jedoch tatsächlich Ergebnisse erzielen zu können, ist eine Priorisierung wünschenswert. Mehrere Prioritäten lassen sich durch eine Reihe von konkreten Vorhaben gleichzeitig realisieren.

### 9.1 Konkrete Vorhaben 2018-2019

Im vorliegenden Umsetzungsplan gehört zu jedem der Themen „Strukturverbesserung“, „schlagkräftige Partner“, „Limburg überall“, „mehr europäische Mittel nach Limburg“ und „gesellschaftliche Energie“ – auch wenn nur implizit erwähnt – das Einsetzen eines euregional orientierten Motivators oder auch Initiators, Verbinders, Stimulators... Mit anderen Worten, mit dem euregionalen Dialog muss unbedingt begonnen werden und dafür ist ein euregionaler Motivator unentbehrlich: ein so genannter euregionaler Wissensmakler. Der euregionale Wissensmakler ist nicht nur Motivator, sondern auch das Scharnier zwischen den limburgischen Interessenträgern und denen der umliegenden Regionen, die ebenfalls an den mit der Sozialagenda in Verbindung stehenden Themen interessiert sind bzw. die sich auch im Rahmen der euregionalen Zusammenarbeit damit beschäftigen. Der euregionale Wissensmakler geht von den Bedürfnissen und Wünschen der in der Sondierungsphase befragten Interessenträger aus.

Der euregionale Wissensmakler ist der Motivator des euregionalen Dialogs und

- bezieht die lokalen Behörden, etwa die an einer euregionalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet positive Gesundheit und Partizipation interessierten Gemeinden mit ein
- fungiert als zentraler Ansprechpartner für die diversen Interessenträger, die beabsichtigen mit Partnereinrichtungen aus den Nachbarregionen oder darüber hinaus zusammenzuarbeiten
- initiiert Arbeitsberatungen zwischen allen bereits bestehenden euregionalen Netzwerken in der Provinz, die Berührungspunkte mit der Sozialagenda haben. Dabei ist zu denken an Item, euPrevent und die euregionalen Netzwerke der Zuyd Hogeschool und der Universität Maastricht. Außerdem könnte sich auch das Aktionszentrum „Positive Gesundheit“ daran beteiligen wegen des immer stärker werdenden Bedarfs in den Nachbarregionen an Aktivitäten in Bezug auf dieses Thema. Jeder arbeitet weiter an dem, was er am besten kann, aber durch strukturelle Abstimmung aufeinander entsteht Synergie und kann jeder seine Möglichkeiten erweitern.

- unterstützt die Interessenträger, damit sie ihre Bedürfnisse und Wünsche in Bezug auf die euregionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der (öffentlichen) Gesundheit umsetzen können
- fungiert als inhaltlicher Ansprechpartner für ausländische Interessenträger, die den Wunsch und die Möglichkeit haben, mit Interessenträgern in Limburg Wissen zu teilen, mit ihnen gemeinsam Erfahrungen zu sammeln und zusammenzuarbeiten
- fungiert als Ansprechpartner für diverse internationale, europäische, nationale, regionale und lokale Organisationen, die wissen wollen, was in Limburg auf Ebene der Sozialagenda in Bezug auf eine euregionale Zusammenarbeit alles geschieht
- unterstützt und berät gegebenenfalls die Provinz bezüglich möglicher euregionaler und europäischer Projekte und Initiativen.

Auf diese Weise sorgt der euregionale Wissensmakler dafür, dass für jede der Prioritäten Aktionen initiiert und gestartet werden. Mindestens in der Anfangsphase ergreift er die Initiative, um das, worüber sich Interessenträger in der Sondierungsphase begeistert geäußert haben, mitzugestalten.

Der euregionale Dialog in Bezug auf „Strukturverbesserung“, „schlagkräftige Partner“, „Limburg überall“, „mehr europäische Mittel nach Limburg“ und „gesellschaftliche Energie“ wird durch den Einsatz eines euregionalen Wissensmaklers mit den oben genannten Aufgaben in Gang gesetzt.

## 9.2 Konkrete Ergebnisse

Vor Ende der Koalitionsperiode im März 2019 wurden auf der Grundlage des oben Stehenden eine Reihe konkreter Ergebnisse erreicht.

Das erste Ergebnis wird sein:

- In der Provinz amtiert ein euregionaler Wissensmakler für öffentliche Gesundheit. Ein Kommuniqué wird ihn bei möglichst vielen Interessenträgern in der Provinz und darüber hinaus bekannt machen.

Nachdem der Wissensmakler seine Tätigkeit aufgenommen hat, ist er für die Erzielung folgender konkreter Ergebnisse zuständig:

- Organisation von drei Treffen zwischen mehreren bestehenden euregionalen Netzwerken
- Durchführung mindestens zweimal monatlich von Beratungen des Wissensmaklers mit Vertretern der Provinz, um Fragen und Wünsche sowohl der Provinz als aus dem Feld zu erörtern

- Schaffung eines euregionalen Netzwerks in der Euregio Maas-Rhein-Nord, das in der anschließenden Sondierungs- und Entwicklungsphase bereits regelmäßig zusammenkommt – mit oder ohne Förderung aus Interreg-Mitteln der Euregio Rhein-Maas-Nord
- Durchführung mindestens zweimal monatlich von Beratungen für Gemeinden, um sie in die euregionale Zusammenarbeit einzubeziehen
- Unterstützung der Provinz durch den Wissensmakler bei der Organisation des WHO-RHN-AdR-Kongresses im Juni 2019
- Durchführung zahlreicher bilateraler Gespräche mit Interessenträgern in der Provinz und in den angrenzenden Regionen
- Zusammenarbeit des Wissensmaklers mit dem Aktionszentrum „Positive Gesundheit“
- Durchführung eines Vorhabens mit dem Wissensmakler anhand der Bedürfnisse der limburgischen Interessenträger; mit welchen genau, kann jetzt noch nicht gesagt werden, da der Anstoß dazu aus dem Feld kommen muss
- Vorbereitung von mindestens drei nationalen, europäischen bzw. internationalen Kontaktmomenten, bei denen die Provinz ihre Auffassung über öffentliche Gesundheit in Verbindung mit der euregionalen Zusammenarbeit präsentieren konnte
- Empfehlungen des Wissensmaklers zu diversen euregionalen und europäischen Projekten und Initiativen auf Antrag der Provinz.

### **9.3 Voraussichtlich erforderlicher Zeitaufwand**

Ausgangspunkt ist, dass möglichst von bereits bestehenden Strukturen Gebrauch gemacht wird, um davon ausgehend die euregionale Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. Darüber hinaus ist ein Zeitaufwand von durchschnittlich mindestens 20 Stunden wöchentlich erwünscht, um die unter 9.2 genannten Vorhaben zu realisieren. Ferner sind beschränkte Mittel für thematische Zusammenkünfte und Workshops erforderlich. Auch dabei soll möglichst von den Möglichkeiten der Interessenträger Gebrauch gemacht werden.

## Anlage 1 Ergebnisse Sondierung

In diesem Teil des Umsetzungsplans wird auf die Ergebnisse der Sondierung eingegangen. Beschrieben wird, was der Auftrag der Provinz an euPrevent beinhaltete. Danach wird in Kapitel 4 die zur Beantwortung der gestellten Fragen verwendete Methode erläutert. In den Kapiteln 6 bis 9 werden die Ergebnisse diskutiert. In Kapitel 10 werden noch einmal die Schlussfolgerungen zusammengefasst. Teil 1 schließt mit Kapitel 10 ab, indem die Schlussfolgerungen noch einmal zusammen mit der jeweils möglichen Rolle der Provinz dabei aufgelistet werden.

## Inhalt

1	Opdracht.....	32
2	Methode.....	33
3	Euregionale samenwerking: de burger.....	35
3.1	Status quo: visie burger.....	35
3.1.1	‘Leven in een grensgebied’.....	35
3.1.2	Verwachtingen burger.....	37
3.2	Status quo: visie andere stakeholders.....	37
4	Euregionale samenwerking: de Limburgse Stakeholders.....	39
4.1	De invloed van de provincie.....	39
4.2	Status quo: de andere stakeholders.....	39
4.2.1	Uitgangspositie.....	39
4.2.2	Wensen stakeholders.....	41
5	Euregionale samenwerking: aangrenzende regio’s.....	44
5.1	Nederlandse aangrenzende regio’s.....	44
5.2	Buitenlandse aangrenzende regio’s.....	45
6	Euregionale samenwerking: euregio’s.....	48
6.1	Euregio Rijn-Waal.....	48
6.2	Euregio rijn-maas-noord.....	49
6.3	Euregio Maas-Rijn.....	50
6.4	euPrevent  EMR.....	50
7	Euregionale samenwerking: EU en Internationaal.....	52

# 1 Auftrag

Vorgreifend auf den Umsetzungsplan hat die Provinz eine kurze Sondierung durchgeführt. Dazu wurde eine Reihe von Gesprächen mit potenziellen Interessenträgern vor allem aus den Nachbarländern Deutschland und Belgien geführt. Daraus resultierte das Positionspapier „Euregionale Zusammenarbeit Gesundheit“ (Euregionale samenwerking gezondheid).

Das Papier und eine Notiz von euPrevent betreffs euregionaler Zusammenarbeit<sup>16</sup> führten zu dem Auftrag an euPrevent, für die Provinz einen Umsetzungsplan für die Jahre 2018 und 2019 zu erstellen. Darin sollte stehen<sup>17</sup>:

- was für die Bürger der konkrete Mehrwert der euregionalen und europäischen Zusammenarbeit ist
- wie vor allem die Interessenträger mehr und mehr in die euregionale Zusammenarbeit im Bezug auf die Sozialagenda und deren Umsetzung einbezogen werden können
- wie mit anderen Regionen zusammengearbeitet werden kann
- was EMR und EMRN von den Ambitionen der Provinz Limburg halten und was für eine Rolle diese Euregios spielen können
- inwieweit die angrenzenden Nachbarregionen die Ambitionen der Provinz teilen
- wie die EU und ihre Institutionen Partner beim Vorhaben der Provinz sein und mit Fördermitteln und Lobby Raum für Experimente und Versuchslabore schaffen können
- wie die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern für die Ziele der Provinz von Vorteil sein kann.

---

<sup>16</sup> Notiz „Samenwerking Stichting euPrevent – Provincie Limburg“, September 2016.

<sup>17</sup> Brief „Verlening subsidie voor het project Verkenning Sociale Agenda in relatie tot Euregionale en Europese samenwerking“, 16. Mai 2017, Zeichen 2017/32705.

## 2 Methode

Zur Erstellung eines guten Umsetzungsplans und zur Beantwortung der Fragen der Provinz hat euPrevent zunächst die kurze Sondierung der Provinz weiter ausgeweitet. So sollte mehr über die Wünsche und Möglichkeiten der verschiedenen Interessenträger in Limburg und in den angrenzenden Gebieten in Erfahrung gebracht werden. Insgesamt hat euPrevent – oft gemeinsam mit einem Vertreter der Provinz – 40 Gespräche geführt,

und zwar mit:

- Gebietskörperschaften wie Gemeinden und Provinzen, mit Netzwerkverbänden und Ministerien
- Organisationen des öffentlichen Gesundheitswesens wie GGD und vergleichbaren Einrichtungen in Deutschland und Belgien
- Krankenhäusern
- psychiatrischen Einrichtungen
- Bürgerorganisationen
- Hochschule und Universität
- Einrichtungen für den Arbeitsmarkt und mit den dortigen Experten
- Euregios
- Lobbyisten der Provinz in Belgien und Deutschland.

Außerdem wurden in Roermond und Maastricht zwei Bürgertreffen durchgeführt, um zu erfahren, inwieweit Bürger in der euregionalen Zusammenarbeit im Sozialbereich einen Mehrwert sehen, insbesondere in Bezug auf positive Gesundheit und Partizipation. Es sollten aus den Treffen keine wissenschaftlichen Schlüsse gezogen werden, sondern ein Eindruck über die Skala der Themen, die die Bürger beschäftigen, gewonnen werden.

Es wurden willkürliche Bürger über unterschiedliche Kanäle angesprochen, sich für die Treffen zu melden. Genutzt wurde u.a. die Webseite der „Stichting samenwerkende maatschappelijke organisaties Limburg“<sup>18</sup>, das Netzwerk von euPrevent<sup>19</sup>, das Netzwerk des „Huis voor de Zorg“<sup>20</sup> sowie Facebook.

---

<sup>18</sup> [www.maatschappelijknetwerklimburg.nl](http://www.maatschappelijknetwerklimburg.nl)

<sup>19</sup> [www.euprevent.eu](http://www.euprevent.eu)

<sup>20</sup> [www.huisvoordezorg.nl](http://www.huisvoordezorg.nl)

Eine kritische Fußnote verdient natürlich die Frage, welche Bürger zu einem solchen Treffen kommen. Zu Recht. In diesem Fall ging es grob um über 40-Jährige unterschiedlicher Herkunft, allerdings mit Affinität zu Belgien bzw. Deutschland.

## 3 Euregionale Zusammenarbeit: Der Bürger

„Was bringt es dem Bürger, wenn die Organisationen des sozialen Feldes euregional kooperieren?“ Diese Frage wird oft gestellt, ist aber auch eine Frage, die nicht eindeutig beantwortet werden kann, weder aus der Perspektive der Bürger noch der der Interessenträger. Deshalb werden in Abschnitt 5.1 die Antworten der Bürger und in Abschnitt 5.2 die Antworten anderer Interessenträger beschrieben.

### 3.1 Status quo: Die Auffassung der Bürger

Mit den Bürgern wurde über „*Sinn und Unsinn einer euregionalen Zusammenarbeit*“ bei sozialen Themen, die unter den Bereich positive Gesundheit und Partizipation fallen, gesprochen. Auf den Bürgertreffen wurde deutlich, dass die Teilnehmer über euregionale und europäische Zusammenarbeit positiv denken.

#### 3.1.1 „Leben in einem Grenzgebiet“

Wenn speziell gefragt wird, was „Leben in einem Grenzgebiet“ für sie bedeutet, nennen sie<sup>21</sup>:

- Identität
- Nähe
- Potenzial
- gemeinsame Geschichte
- offene Grenzen
- Nachbarn und Gäste
- Vorurteile
- große Unterschiede
- Zusammenarbeit
- Europa
- unnötiger Aufwand.

Die Bürger haben im Allgemeinen ein positives Bild vom „Leben in einem Grenzgebiet“. Die auffallendste Antwort war, dass das Leben im Grenzgebiet Teil ihrer Identität sei.

Bei Nachfrage, in welcher Weise das Leben im Grenzgebiet Teil ihres Lebens sei, kamen kaum überraschende Antworten:

---

<sup>21</sup> In willkürlicher Reihenfolge.

- Tanken
- Einkaufen
- Natur
- Essen
- Alltagsleben
- Ausbildung
- Gesundheits- und Sozialfürsorge.

Auffallend ist jedoch, dass „Beschäftigung“ in beiden Diskussionsgruppen nicht genannt wird, während in einer der Gruppen ausführlich über euregionale Aspekte sozialer (arbeitsbezogener) Einrichtungen gesprochen wurde<sup>22</sup>. In der hier zugrunde liegenden beschreibenden Studie wurden die arbeitsbezogenen Einrichtungen nicht weiter untersucht bzw. erklärt.

Klar wurde, dass Fahrten ins Nachbarland „normal“ sind, „alltäglich“, aber auch unnötigen Aufwand mit sich bringen.

Um welche Komplikationen geht es beim „Leben in einer Grenzregion“:

- gesetzliche Regelungen
- alternative Regeln
- Sprache und Dialekt
- Kultur
- unterschiedliche Strukturen.

Auch das sind keine überraschenden Ergebnisse. Erwähnenswert sind allerdings die Antworten:

- Lobby
- Versuchslabor.

Möglicherweise waren die letzten beiden Antworten als Lösungen für den unnötigen Aufwand gemeint. All dies wurde in den Gesprächen mit den Bürgern nicht weiter vertieft.

Die negativen Punkte haben vornehmlich damit zu tun, wie in den Augen der Bürger „Bürokratie“ und „Sprache“ ihre Bewegungsfreiheit einengen. Diese galten als größte „Einschränkungen“ des freien Grenzverkehrs der Bürger, insbesondere im Sozialbereich. Ein treffendes Beispiel nannte ein Bürger, der Verwandte in der Grenzregion betreut. Er habe mit vielen bürokratischen Hindernissen zu kämpfen. Eines davon sei, dass er kein Pflegegeld nach deutschem Recht erhält und dass eine solche Vergütung in den Niederlanden als Einkommen gilt. Dadurch wäre

---

<sup>22</sup> Themen wie Steuern, Kindergeld, Folgen einer Ehescheidung usw..

ein Pflegegeld steuerlich nicht attraktiv. Der betreffende Bürger habe in seinem Wohnort keinen Anspruch auf die niederländische Pflegevergütung, weil die hilfsbedürftige Person kurz hinter der Grenze lebt. Die Grenze ist für diesen Pflegeleistenden ein enormes Hindernis, während er die Möglichkeit und den Willen hat, den Pflegebedürftigen zu betreuen.

Auffallend ist, dass die Anmerkungen der Bürger völlig den Empfehlungen entsprechen, die in landesweiten bzw. regionalen Berichten wie „Sondierung zur Zukunft der Volksgesundheit“ (Volksgezondheid Toekomst Verkenning – VTV) und „Limburg Factor“ nachzulesen sind. Verbesserungen bei Schulung, Arbeit und Gesundheit seien entscheidend und böten Zukunftschancen. Und gerade das wünschen sich die Bürger: die Probleme grenzüberschreitend in Angriff nehmen. Die Bürger erwarten eigentlich keine unmittelbaren und konkreten Dienstleistungen, sondern *Chancen* für die Zukunft, neue Perspektiven. Es müsse/könne nicht landesweit gedacht werden, sondern euregional.

### 3.1.2 Erwartungen der Bürger

Auf die Frage, „was erwarten Sie, und von wem?“, wurde nachdrücklich gesagt, man erwarte nicht, dass „etwas“ auf nationaler Ebene geschehe, denn das sei nicht machbar. Allerdings wurde gesagt, dass man von den Kommunalbehörden erwarte, etwas für die Bürger zu tun. Auf die Frage, wen sie mit Kommunal- und Regionalbehörden meinten, wurde meist die Gemeinde genannt, aber auch die Provinz, weil letztere in den Augen der Menschen der bessere Draht zwischen Gemeinden und nationalen Behörden wäre. Ferner wurde gefragt, was „etwas“ denn sei? Mit „etwas“ werde gemeint: mit den Bürgern über Lösungen nachdenken, Alternativen erwägen, um die oft „starre“ Gesetzgebung in positivem Sinn zu nutzen. So wurde beispielsweise im Falle der Pflegevergütung gesagt, dass die Wohngemeinde vielleicht diesen Personen auch die niederländische Pflegevergütung bewilligen könnte.

Wichtigstes Fazit der Bürger: Die Frage sei nicht: „Welchen Nutzen bringt die euregionale Zusammenarbeit“, sondern: „Wie kann eine wirklich grenzüberschreitende Mobilität den Bürgern leichter gemacht werden?“ Die Antwort ist klar: „Den Bürgern zuhören und mit ihnen mitdenken!“ und: „Kreativ sein!“ Ihre Schlussfolgerung: „Limburg ist das Tor nach Europa!“

## 3.2 Status quo: Die Auffassungen der anderen Interessenträger

Auch die anderen Interessenträger wurden gefragt, welchen Nutzen die euregionale oder europäische Zusammenarbeit für die Bürger habe. Die Antworten fielen deutlich abstrakter aus als die der Bürger. Den Interessenträgern zufolge würden die Bürger für viele Dinge immer häufiger die Grenze passieren. Das wird auch im Koalitionsvertrag so dargestellt. Die Bürger seien sich dessen manchmal nicht einmal bewusst. Die Grenze behindere jedoch noch immer ihre Mobilität. Die Interessenträger meinen, dass nicht nur die Bürger dies so empfänden, sondern sie selbst auch. Die Behinderungen seien vornehmlich im Sozialbereich fühlbar: bei

Arbeit, Ausbildung und Gesundheitsversorgung. Die Behinderungen seien vor allem eine Folge von Unklarheiten, der Angst vor dem Unbekannten und der Komplexität der grenzüberschreitenden Mobilität: „Wenn es nicht so kompliziert wäre, hätte ich es gemacht“, oder: „In meiner Situation ist es nicht interessant, aber sonst hätte ich es gemacht.“ Die Interessenträger bestätigen, dass die Hauptgründe, weshalb die Bürger zögerten, den Schritt über die Grenze zu wagen, Bürokratie, Unterschiede in der Gesetzgebung, andere Sprache und andere Mentalität sowie unterschiedliche Strukturen seien.

Außerhalb der Wahrnehmung der Bürger wurde und werde viel getan, um den Schritt über die Grenze zu erleichtern mit dem primären Ziel, die Chancen auf eine gute und passende Arbeitsstelle oder Ausbildung bzw. auf bessere Gesundheit umzusetzen.

Was konkret die grenzüberschreitende Zusammenarbeit den Limburgern bringt, wird im Koalitionsvertrag beschrieben. Die Interessenträger bestätigen diese konkreten Punkte ebenfalls:

- mehr Ausbildungsangebote, zugeschnitten auf die Bedürfnisse Jugendlicher,
- mehr und passendere Gesundheitsleistungen, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der Limburger
- mehr Chancen auf Beschäftigung, nicht nur im Allgemeinen, sondern auch durch engere Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Forschungsinstituten usw., beispielsweise auf dem Gebiet der innovativen Versorgung
- Verbesserung von allgemeinem Gesundheitszustand und Wohlbefinden der Limburger
- bessere Kenntnisse über die Wahlmöglichkeiten, die ein Limburger in Bezug auf Ausbildung, Arbeit sowie Gesundheits- und Sozialfürsorge hat, wenn er von den Systemen in Belgien und Deutschland Gebrauch machen will.

## 4 Euregionale Zusammenarbeit: Die limburgischen Interessenträger

In diesem Kapitel wird dargestellt, wie die Interessenträger aus Limburg der euregionalen Zusammenarbeit gegenüberstehen, was ihre Ausgangsposition ist und welche Wünsche sie bezüglich der euregionalen und europäischen Zusammenarbeit haben.

### 4.1 Der Einfluss der Provinz

Der Einfluss der Provinz auf das soziale Feld ist in Limburg deutlich spürbar. Auch dort, wo sie formal nichts zu sagen hat, ist ihre informelle Rolle nicht zu unterschätzen. Die limburgischen Interessenträger orientieren sich in ihrem Handeln in Bezug auf die Zukunft u.a. an der Sozialagenda der Provinz und an dem Standpunkt, den die Provinz gegenüber einer euregionalen und europäischen Zusammenarbeit einnimmt. Auch bezüglich der Sozialagenda ist festzustellen, dass die Interessenträger mit deren Inhalt Berührungspunkte haben und das Konzept positive Gesundheit und Partizipation begrüßen. Sie wollen dazu beitragen, dass das Ziel der Provinz, erste niederländische Provinz für positive Gesundheit zu werden (und, noch anspruchsvoller, auch in der EMR), wahrgemacht wird.

Die Ziele der Provinz bei der euregionalen und europäischen Zusammenarbeit werden von den Interessenträgern sehr begrüßt.

Die Gemeinden sehen sich selbst im Sozialbereich als erste Ansprechstelle. Im Sozialbereich ist ihrer Meinung nach die Provinz der verbindende Faktor zwischen den einzelnen Gemeinden. So sieht das die Provinz auch. Darüber hinaus ist für beide Seiten die Provinz auch das Verbindungsglied zwischen Den Haag und den limburgischen Gemeinden, insbesondere dann, wenn es um positive Gesundheit und Partizipation geht.

### 4.2 Status quo: Die anderen Interessenträger

Aus den Gesprächen mit den limburgischen Interessenträgern schälten sich folgende Ausgangspunkte und Wünsche zur euregionalen Zusammenarbeit heraus.

#### 4.2.1 Ausgangsposition

Alle Interessenträger befürworten die euregionale bzw. die europäische Zusammenarbeit. Auch sehen alle im Prinzip deren Nutzen für die jeweils eigene Organisation und die Interessen der Bürger ein. Aber die Gründe für ihr Interesse namentlich an der euregionalen Zusammenarbeit

sind unterschiedlich. Sie reichen von der Stärkung ihrer Wettbewerbsposition über die Nutzung der jeweiligen Kenntnisse bis zum Interesse der Bürger. Dabei fällt die deutliche Unterscheidung zwischen kurativen Behandlungen und öffentlicher Gesundheitsversorgung auf. Bei den kurativen Behandlungen gehe es um einen stärker konkurrierenden Markt als bei der öffentlichen Gesundheitsversorgung.

Zudem besteht ein klarer Unterschied zwischen Nord- und Südlimburg in Bezug auf bereits bestehende euregionale Kooperationsverbünde und –initiativen. Grob gesagt gibt es im Süden mehr Initiativen zur euregionalen Zusammenarbeit. Das betrifft sowohl das Gebiet der kurativen Behandlungen als auch der öffentlichen Gesundheitsversorgung. Vor allem für das Gebiet der öffentlichen Gesundheitsversorgung kann festgestellt werden, dass je nördlicher man in Limburg kommt, desto weniger Zusammenarbeit auf der Ebene des öffentlichen Gesundheitswesens es gibt. Dies hängt teils mit dem Einfluss der Euregios in diesem Gebiet zusammen, mit deren Fokus auf das Thema öffentliches Gesundheitswesen und Struktur. Je mehr Einfluss die Euregios haben bzw. je mehr Aufmerksamkeit sie dem Thema widmen, je mehr wissen die Interessenträger Bescheid über die Systeme in Deutschland und Belgien, über die Kulturunterschiede und darüber, wo welches Wissen zu finden ist. Wegen dieses Wissens fällt es den Interessenträgern im Süden der Provinz auch leichter anzugeben, wo es Möglichkeiten für eine euregionale Zusammenarbeit gibt und was diese bringen könnte.

Es gibt so gut wie noch keine euregionale Zusammenarbeit, die in Bezug auf die Sozialagenda auch die Grenzen der Fachgebiete überschreitet. Jeder ist stark damit beschäftigt, auf seinem Fachgebiet euregional zu kooperieren, was zu allerlei guten Initiativen geführt hat. Wie gesagt, gibt es in den Bereichen Arbeitsmarkt, Ausbildung und öffentliche Gesundheitsversorgung mehrere euregionale Initiativen, aber die Netzwerke operieren im Moment nahezu unabhängig voneinander. So wird beispielsweise auf dem Feld des Arbeitsmarkts wenig die spezifische Problematik des Sozialbereichs und insbesondere der Gesundheitsversorgung berücksichtigt. Seitens der Ausbildungsgänge wird schon stärker grenzüberschreitend auf die Verbindung zum Arbeitsmarkt geachtet, aber nicht in Bezug auf Gesundheit. Damit ist nicht das reine Arbeitsfeld gemeint, sondern der Gesundheitsstatus der Limburger. Gespräche mit beispielsweise Item und der Zuyd Hogeschool zeigen das auch.

Ferner ist klar geworden, dass es den Interessenträgern oft schwer fällt, alle Facetten positiver Gesundheit mit euregionaler Zusammenarbeit zu verbinden. Man hat zwar den Willen, weiß aber nicht, womit beginnen bzw. wie ein solches Thema angegangen werden kann. Die Bereitschaft dazu zeigt sich auch an den vielen Chancen und Möglichkeiten, die die Interessenträger genannt haben und die in Abschnitt 6.2.2 beschrieben werden.

Die geographische Lage Limburgs zwischen Belgien und Deutschland hat größeren Einfluss als angenommen. Durch die Dezentralisation von Gesundheits-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik sind vor allem die regionalen und lokalen Behörden am Zuge. Die Bürger brauchen amtliche Unterstützung, um in ihrer näheren grenzüberschreitenden Umgebung ihren

Handlungsspielraum auszuschöpfen. Schließlich ist der Abstand zu den nationalen Handlungsmöglichkeiten groß – sie lassen sich nur schwer nutzen.

#### 4.2.2 Wünsche der Interessenträger

Alle Interessenträger legen großen Wert darauf, dass die Provinz anhand einer Initiative prüft, wie gemeinsam eine euregionale Zusammenarbeit, die für sie interessant ist, zustande kommen kann. Sie sind sich alle dessen bewusst, dass sie auch selbst dabei eine wichtige Rolle spielen, aber suchen nach einem „Antreiber“, nach jemandem mit Sachkenntnis und Erfahrung, der den ersten Schritt setzt und die Tansitionsphase einleitet.

Es besteht der Wunsch, im euregionalen Kontext positive Gesundheit gerade als Kraft der Gesellschaft und nicht als „Last“ wahrzunehmen. Das bedeutet, dass viele diesen Bereich nicht von Themen wie Beschäftigung und Ausbildung abkoppeln möchten, aber auch nicht von Wirtschaft und Kultur oder Landwirtschaft und Umwelt. Mit anderen Worten, eine Erweiterung der Sozialagenda wird auch in den Gesprächen mit den Interessenträgern befürwortet. Aber als kritische Anmerkung wird zugleich hinzugefügt, dass andere Politikfelder oft kaum das Konzept positive Gesundheit und die entsprechenden Experten einschalten. Darin bestehe auch eine Chance für die Provinz: Innovation unter dem Gesichtspunkt positive Gesundheit und Partizipation.

Regelmäßig wird auch geäußert, dass sich die Rolle des Bürgers in der Gesellschaft verändere. Auch positive Gesundheit habe damit zu tun. Die Interessenträger würden gern mit Partnern aus Nachbarländern sprechen, die auch damit zu tun haben. Wie gehen sie damit um und was können wir davon lernen? Der Transition zu anderen Strukturen verlangt andere Perspektiven. Dabei kann nach Ansicht der Interessenträger die euregionale Zusammenarbeit eine Rolle spielen, bestimmt in einer Region wie Limburg.

Dabei sind die Gemeinden eine wichtige Größe. So ist dies nicht nur im Sozialbereich ihre gesetzliche Aufgabe, sondern von ihnen wird aus gesellschaftlicher Perspektive auch viel erwartet. Deshalb suchen die Gemeinden immer mehr nach neuen Wegen, an Kenntnisse zu kommen und ihre Bürger in praktischen Fragen zu unterstützen. Einzelne Gemeinden haben bereits im Rahmen des WMO (Gesetz über gesellschaftliche Unterstützung) Pflegeaufgaben an Organisationen ausländischer Nachbarregionen vergeben. Sie haben also schon begonnen, über die Landesgrenzen hinaus zu blicken, um den Bürger ihrer Gemeinden optimal helfen zu können. Außerdem erwarten auf jeden Fall die Gemeinden im Süden der Provinz, dass dabei der GGD eine Rolle spielt, dass der GGD weiß, was in den Nachbarregionen geschieht und gegebenenfalls von den Kenntnissen dort Gebrauch macht.

Im Großen und Ganzen besteht das meiste Interesse an Themen im Zusammenhang mit positiver Gesundheit und Vorsorge, bezogen auf das Thema Arbeitsmarkt und Gesundheitsversorgung.

Die Liste der Themen, bei denen sich die verschiedenen Interessenträger eine euregionale Kooperation wünschen, ist recht lang und kann in 4 Gruppen gegliedert werden:

1. *Soziale Aspekte*

- gesunde Ernährung
- gesundes Altern und vitale Euregio
- Life-Style-Aspekte
- positive Gesundheit
- Eigenregie
- WMO (Gesetz über gesellschaftliche Unterstützung)
- präventive Jugendpolitik
- Armutsbekämpfung
- „Health in all Policies“, politische Agenden miteinander verbinden
- Stärkung der Gesundheitskompetenzen, grenzüberschreitend voneinander lernen (Health Literacy)
- Kulturunterschiede, Antidiskriminierung und Verständnis füreinander erzeugen
- nicht erste niederländische Provinz für positive Gesundheit werden wollen, ohne mit den Nachbarprovinzen darüber zu sprechen.

2. *Aspekte der Gesundheitsversorgung*

- Hospize, palliative Behandlung, moralisch-ethische Fragen, Sterbehilfe
- die MRSA-Bekämpfung noch weiter grenzüberschreitend verbessern
- Depression und Demenz
- Lebertransplantationen für limburgische Patienten im Klinikum Aachen (etwa 10 Mal im Jahr) müssen administrativ verbessert werden
- bei Obesitas- und Suchtbekämpfung euregional vorgehen
- Krankenhäuser sollten sich grenzüberschreitend unterstützen und ergänzen, anstatt miteinander zu konkurrieren.

3. *Arbeitsmarkt.*

- Entwurf eines euregionalen Maßnahmenplans Pflegepersonal (Personalknappheit untereinander lösen, Barrieren für soziale Sicherheit beseitigen, gemeinsame Schulungen, Abbau der Sprachbarrieren)
- Sondierungen zum grenzüberschreitenden Verhalten arbeitsmarktferner Personen
- Unternehmen mit sozialen Arbeitsplätzen (gemäß Gesetz über beschützte Beschäftigung – WSW) grenzüberschreitend zusammenarbeiten lassen

- grenzüberschreitende Beschäftigung erfordert adäquate Informationen (u.a über Versicherungen, Steuern, Pensionsaufbau).

#### 4. Organisatorische Aspekte

- Kenntnisse über die Wünsche/Bedürfnisse in Bezug auf grenzüberschreitende Versorgung
- Grenzinformationspunkt auf Gesundheitsfragen erweitern
- PGB (personengebundenen Budget für Behinderte) auch in den Nachbarländern nutzen können
- Apps und e-Health stärker euregional ausrichten
- gesunde Gebäude (u.a. Innenraumklima), „Cradle-to-Cradle“ – auch gemeinsam mit den Nachbarn?
- Wissensinrichtungen brauchen unbedingt ausländische Studierende, deren Wünsche/Bedürfnisse auch berücksichtigt werden müssen
- Young European Citizenship in Maastricht starten
- Gründung eines europäischen „Center for Disease Control“ in der EMR
- gemäß Inhalten handeln einfach sich grenzüberschreitend an die Arbeit machen und dabei nach der besten Lösung suchen
- euregionaler Austausch von Big Data und gemeinsame Gestaltung von Themen des Sozialbereichs wie positive Gesundheit
- intersektorielle Gesundheitspolitik (Health in all Policies); auch bei diesem Thema kann die euregionale Zusammenarbeit neue Perspektiven bieten, es könne viel von den Nachbarregionen gelernt werden.

## 5 Euregionale Zusammenarbeit: Die Nachbarregionen

In diesem Kapitel geht es darum, inwieweit die Ziele der Provinz zu den Zielen bzw. zur Tätigkeit der Nachbarregionen passen, sowohl der niederländischen als auch der ausländischen Nachbarregionen.

### 5.1 Nachbarregionen in den Niederlanden

Bereits in einem früheren Stadium wurde mit der Provinz Nordbrabant gesprochen.

Auf den Gebieten Gesundheitsinnovation und Gesundheitstechnologie ist Nordbrabant eine der führenden europäischen Regionen. Die Provinz arbeitet seit einigen Jahren mit mehreren Institutionen in Brüssel zusammen, was den Interessenträgern Nordbrabants viele Fördermittel, europapolitische Agendapunkte und viel Sichtbarkeit einträgt. Die Provinz Nordbrabant sieht sich als Vermittler zwischen „Europa“ und ihren Interessenträgern und engagiert sich stark, nicht ohne finanzielle und politische Ergebnisse. Sie ist an mehreren europäischen Netzwerken beteiligt, die sich mit industrieller Entwicklung (Vanguard-Initiative), Kreativität und Innovation (Districts of Creativity) sowie aktivem und gesundem Altern (CORAL) beschäftigen.

CORAL (Community of Regions for Assisted Living) ist ein Netzwerk für Themen, die mit der Sozialagenda der Provinz Limburg eng verwandt sind. Bei CORAL werden die Bedürfnisse und Wünsche der Senioren und ihrer Betreuer als Ausgangspunkt für AAL (Ambient Assisted Living) und AHA (Active and Healthy Ageing) genommen und an ICT gekoppelt. Nordbrabant ist Mitinitiator eines Netzwerks von über 40 europäischen Regionen. CORAL ist der Gesprächspartner der europäischen Kommission u.a. in der *European Partnership on Active and Healthy Ageing*. Ferner sind die CORAL-Mitglieder aktiv an der Entwicklung und Umsetzung diverser europäischer Projekte beteiligt. Nordbrabant präsentiert so die Provinz nicht nur in Brüssel gut, sondern sorgt damit auch dafür, dass ihre Interessenträger die Informationen und EU-Mittel erhalten, die sie bei der weiteren Innovation benötigen. Das ist auch im Interesse der Brabanter. Dazu investiert Nordbrabant auch finanziell und personell in das CORAL-Netzwerk und in die entsprechende Lobbyarbeit in Brüssel.

Die Ambitionen von Limburg scheinen an die von Nordbrabant anschlussfähig, soweit es um die europäische Zusammenarbeit geht. Eine Zusammenarbeit mit Nordbrabant bzw. dem CORAL-Netzwerk liegt auf der Hand.

Mit der Provinz Gelderland wurde im Rahmen dieser Sondierung nicht explizit gesprochen, nur am Rande bei den Kontakten mit der Euregio Rhein-Waal. Sollte es erwünscht sein, würde ein ergänzendes Gespräch mit der Provinz Gelderland folgen.

## 5.2 Nachbarregionen im Ausland

Gesprochen wurde mit Vertretern aus Flandern, der Provinz Lüttich, Ostbelgien und der Region Köln.

### Flandern

Viele Interessenträger aus der belgischen Provinz Limburg arbeiten seit Langem mit Interessenträgern aus Limburg zusammen. Die belgischen Interessenträger konzentrieren sich vor allem auf den südlichen Teil unserer Provinz. Bis 2015 wurden die belgischen Interessenträger immer von der Provinz Belgisch-Limburg unterstützt und begleitet. Diese war eng bei allen mit der euregionalen Gesundheitsversorgung zusammenhängenden Fragen miteinbezogen, teilweise in unterstützender und fördernder Funktion. Infolge der Reformen in Flandern 2015 ist die Provinz Belgisch-Limburg nicht mehr für solche „personengebundenen Aufgaben“ zuständig. Die personengebundenen Aufgaben wurden von Flandern übernommen. Im Moment wird geprüft, wie Flandern die Rolle von Belgisch-Limburg übernehmen kann. Diese Umstrukturierung beeinträchtigt nicht die Fortführung der intensiven Zusammenarbeit auf ausführender Ebene zwischen den einzelnen belgischen, limburgischen und deutschen Interessenträgern. Vorläufig ist euPrevent der Motivator, der die intensive Zusammenarbeit in Gang hält.

Die Themen, die für die Interessenträger in Flandern wichtig sind, passen zu den Zielen unserer Provinz. Auch flämischerseits besteht der Wunsch nach einer stärkeren Konzentration auf Vorsorge und öffentliche Gesundheitsaufgaben sowie nach der Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen. Dabei geht es u.a. explizit um die Fragen:

- „Wie erreichen wir die sozial schwachen Zielgruppen?“
- „Wie gehen wir mit der Übergewichtsproblematik aus integraler Perspektive um?“
- „Wie steht es um das Innenraumklima und die Gesundheitsversorgung?“
- „Welche Gesundheitskompetenzen müssen wir unseren Bürgern beibringen?“

Die vorstehenden Fragen hängen direkt oder indirekt mit dem Begriff positive Gesundheit zusammen, wie diesen die Provinz Limburg versteht. Darüber hinaus möchte Flandern die euregionale Zusammenarbeit, die über euPrevent und Logo Limburg<sup>23</sup> angelaufen ist, weiter ausbauen.

Die oben stehenden Wünsche finden vorläufig die Unterstützung der flämischen Regierung, wie aus Gesprächen mit Machteld Huber, der Begründerin des Konzepts positive Gesundheit,

---

<sup>23</sup> Logo Limburg vzw ist eine staatliche Einrichtung, die sich in Belgisch-Limburg mit Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention beschäftigt. Im Weiteren wird „Logo Limburg“ hier kurz „Logo“ genannt.

hervorgeht. Dabei wurde speziell die eventuelle Implementierung des Konzepts in Flandern erörtert.

### Region Köln

Die Region Köln kooperiert vor allem innerhalb der Euregio Maas-Rhein und hat langjährige Erfahrungen mit der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der (Arbeits-)Partizipation und der öffentlichen und präventiven Gesundheitsfürsorge. Über die Zusammenarbeit in der Euregio Maas-Rhein hinaus sind die Interessenträger an der Ausarbeitung potenzieller Kooperationsthemen im limburgisch-deutschen Grenzgebiet interessiert. Dabei kann an gesundes Innenraumklima, vergleichbare Daten und die Verbesserung der Gesundheitskompetenz der Bürger (Health Literacy) gedacht werden. Außerdem wurde noch eine Reihe von Themen genannt, die sehr gut an die Sozialagenda der Provinz Limburg anschließen: Arbeitsmarkt im Gesundheitswesen, Gesundheitsinnovation und Gesundheitsökonomie, betriebliche Gesundheitsversorgung und Vorsorge in Schulen.

### Ostbelgien

Ein Gespräch im ostbelgischen Ministerium kann erst nach Abschluss der Sondierung stattfinden. Seitens der mit euPrevent kooperierenden Interessenträger ist aber bekannt, dass man auch in Ostbelgien intensiv mit Partnern aus den Niederlanden und Deutschland zusammenarbeitet, insbesondere beim Thema seniorenfreundliche Gemeinden und bei den Initiativen „Social Norms Approach“ und „Antibiotic Stewardship“. An diesen Initiativen beteiligen sich mehrere Interessenträger aus Ostbelgien. Außerdem wird in Ostbelgien sehr intensiv an der Schaffung einer lokalen Maßarbeitsvariante gemäß der früheren Vereinbarung IZOM (zwecks integraler maßgeschneiderter Versorgung durch mehrere Gesundheitsdienstleister) gearbeitet. Im Zuge der am 1. Juli 2017 ausgelaufenen Vereinbarung IZOM hatten Bürger aus den Provinzen Belgisch-Limburg, Lüttich, Niederländisch-Limburg und Nordbrabant sowie aus den Regionen Bitburg, Daun, Prüm und Aachen direkten Zugang zu Gesundheitsdienstleistern in Belgien, Deutschland und den Niederlanden.

### Provinz Lüttich

Die Provinz Lüttich hat ganz klar erklärt, dass man sich wegen der Reorganisation aller staatlichen Strukturen und insbesondere des Gesundheitswesens vor Ende 2019 nicht in neuen Kooperationsverbunden engagieren kann. Das heißt, dass man bis dahin abschätzen will, ab wann es angebracht ist, doch wieder mit unserer Provinz zusammenzuarbeiten. Man werde sich

dann bei der Provinz Limburg bzw. bei euPrevent melden. Die Provinz Lüttich hat einen Sitz im Vorstand von euPrevent, wodurch man dort über den Sachstand in der EMR auch informiert bleibt.

Themen, auf die man auf jeden Fall großen Wert legt, seien die mentale Gesundheitsförderung und außerdem speziell auf Jugendliche abzielende Themen.

Die Provinz Lüttich hat nachdrücklich erklärt, dass ihr die euregionale Zusammenarbeit, euPrevent und das Thema Gesundheitsversorgung sehr am Herzen liegen. Man erwarte, dass ab 2019 wieder mitgearbeitet werden kann.

Der Trend und die Ziele der angrenzenden Regionen würden somit sehr gut zu den Ambitionen der Provinz Lüttich passen. Man habe bereits Absprachen mit Partnern aus den Nachbarregionen getroffen, um inhaltliche Möglichkeiten näher zu prüfen.

## 6 Euregionale Zusammenarbeit: Die Euregios

Die Provinz möchte wissen, inwieweit die in Limburg aktiven Euregios mit ihren Vorstellungen und ihren jetzigen und zukünftigen Rollen zu den Zielen der Provinz betreffs der Sozialagenda, insbesondere zu Partizipation und positiver Gesundheit sowie zur euregionalen und europäischen Zusammenarbeit einen Beitrag leisten (können).

Um darüber eine Aussage treffen zu können, wurden sondierende Gespräche mit allen in der Provinz tätigen Euregios geführt.

In Limburg sind drei Euregios aktiv:

1. Euregio Rhein-Waal<sup>24</sup>
2. die Euregio Rhein-Maas-Nord
3. die Euregio Maas-Rhein<sup>25</sup>

Dargestellt wird, inwieweit die Ziele der Provinz auch in den strategischen Plänen der anderen Euregios vorkommen.

### 6.1 Euregio Rhein-Waal

In der ERW wurde jahrelang die euregionale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung gepflegt. Im Rahmen verschiedener INTERREG-Programme liefen mehrere Projekte, meist betreffend die Krankenhausversorgung und versicherungstechnische Themen. Außerdem gab es Projekte von Patientenverbänden aus Gelderland und Deutschland. Bekanntes Ergebnis eines Interreg-Projekts aus der ERW war die Webseite [www.euregiogegezondheidsportaal.nl](http://www.euregiogegezondheidsportaal.nl). Diese besteht offiziell noch immer, aber der Link ist nicht mehr aktiv.

In der Strategie 2020 der ERW steht die nachhaltige euregionale wirtschaftliche Entwicklung zentral. Aus dieser Sicht prüft man euregionale Zusammenarbeit, Gesundheitsversorgung und Life Sciences. Die Übereinstimmungen zwischen der Strategie 2020 der ERW und den Zielen der Provinz liegen vornehmlich auf den Ebenen Arbeitsmarkt, Berufsausbildung und der eher kurativ orientierten Gesundheitsversorgung. Für letzteres Thema gibt es in der ERW ein

---

<sup>24</sup> Im Weiteren: ERW.

<sup>25</sup> Im Weiteren: EMR.

euregionales Forum grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung. Darin sind Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Krankenversicherungen und Patienten- und Ärzteverbände vertreten.

Die öffentliche Gesundheitsversorgung bzw. die Vorsorge wird in der Strategie 2020 nicht explizit erwähnt.

Im Rahmen von Interreg-VA hat die ERW ein großes Projekt eingereicht, das sich hauptsächlich den wirtschaftlichen und technologischen Entwicklungen widmet: „Pflege verbindet“ (Zorg Verbindt). Dem Projekt liegt die Strategie zugrunde, „Gesundheitsfürsorge mit Technologie zu verbinden, so dass die Hilfen schneller, besser und näher am Patienten erfolgen. In der Zeit von Smartphone und App ist Fernfürsorge möglich geworden. Die verschiedenen Innovationen fördern das regionale Wirtschaftswachstum und schaffen neue Arbeitsplätze: Die Euregios als Feldlabore der Gesundheitswirtschaft.“<sup>26</sup>

In dieses Projekt ist formal auch die ERMN einbezogen. Es läuft noch bis 2020. Auch die Provinz ist als Kofinanzier daran beteiligt.

Sowohl die ERW als auch die ERMN wirken an einem weiteren großen Projekt entlang der ganzen niederländisch-deutschen Grenze (mit Ausnahme des Bereichs der EMR) mit. Es handelt sich um ein Innovationsprojekt rund um die Bekämpfung von Infektionserkrankungen namens „Health-I-Care“. Daran beteiligt sind vor allem kleine und mittlere Unternehmen, Krankenhäuser, Hochschulen und Universitäten. Es soll eine Reihe von innovativen Produkten und Technologien entwickelt werden, um die Bevölkerung gegen Infektionen zu schützen und die Antibiotikaresistenzen zu überwinden. Zielgruppe des Projekts sind vor allem Professionals.

Die ERW kennt außerhalb der Euregio keine Struktur, die in der öffentlichen Gesundheitsversorgung für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuständig ist.

## 6.2 Euregio Rhein-Maas-Nord

In Bezug auf die Sozialagenda konzentriert sich die ERMN vorwiegend auf Arbeitsmarkt und Ausbildung, eine der fünf Prioritäten der ERMN. Die Gesundheitsversorgung und namentlich das Konzept positive Gesundheit kommen im strategischen Plan nicht vor. Hingegen sagt die ERMN, dass man auf früheren erfolgreichen Initiativen u.a. auf dem Gebiet der Harmonisierung und Abstimmung der Gesundheitsversorgung aufbauen will.

Die ERMN hat zu erkennen gegeben, dass man sich gern weiter in das Thema positive (Arbeits-)Partizipation und Gesundheit vertiefen möchte. Man wolle prüfen, ob Interessenträger in der ERMN dafür sind. Auch aus Sondierungsgesprächen mit Gemeinden der ERMN ergab

---

<sup>26</sup> <http://www.euregio.org/action/projects/item/116/zorg-verbint/>

sich, dass man sich in Bezug auf das Konzept positive Gesundheit gern eine größere Rolle der ERMN erhoffe. Das spielt auch beim Beschluss der Gemeinden mit, sich am EMR-Projekt von euPrevent „Seniorenfreundliche Gemeinde“ zu beteiligen.

Da die ERMN keine eigenen Erfahrungen mit den Themen rund um öffentliche Gesundheit und positive Gesundheit hat, wurde bereits vereinbart, die Themen in Zusammenarbeit mit der Provinz und euPrevent in Angriff zu nehmen. euPrevent hat wegen der Beteiligung an mehreren Projekten Kontakte mit verschiedenen Interessenträgern aus der ERMN:

- beim euPrevent-Projekt „Seniorenfreundliche Gemeinde“ mit den Gemeinden Venlo, Venray, Weert, Mook, Beesel und Roermond
- bei der der euregionalen Jugendstudie 2013 mit Kreis Vierssen und GGD Nordlimburg
- beim euPrevent-Projekt Übergewicht mit GGD Nordlimburg
- beim Projekt Risikoverhalten Jugendlicher mit GGD Nordlimburg.

### **6.3 Euregio Maas-Rhein**

Die EMR betont in ihrer Strategie EMR2020 sehr nachdrücklich, auch die Themen aus der Sozialagenda der Provinz aufgreifen zu wollen, nicht nur in Bezug auf Arbeitsmarkt und Ausbildung, sondern auch auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung. Hinsichtlich der Gesundheitsversorgung in der EMR verfolgt die Euregio eine eigene Zehn-Punkte-Strategie. In ihr sind sowohl Themen der kurativen, der präventiven als auch der öffentlichen Gesundheitsversorgung enthalten. Die strategische Arbeitsgruppe Gesundheit der EMR, in der auch die Provinz einen Sitz hat, bemüht sich die Strategie gemeinsam mit den Interessenträgern aus der EMR umzusetzen. Auch das Konzept „positive Gesundheit“ von Machteld Huber wurde inzwischen als Thema für die nächsten Jahre formal auf die Agenda der strategischen Arbeitsgruppe Gesundheit der EMR gesetzt. Für die Themen, die mit der kurativen Versorgung in Verbindung stehen, sind die Krankenhäuser und Krankenversicherungen zuständig. Für die Themen, die sich direkt oder indirekt mit präventiver und öffentlicher Gesundheit beschäftigen, wird die „Stichting“ euPrevent|EMR (eine Stiftung niederländischen Rechts) eingesetzt. Die EMR kooperiert eng mit dieser selbständigen Stichting und hat sie auch als Netzwerk in ihren strategischen Plan aufgenommen.

### **6.4 euPrevent|EMR**

Eine Reihe von Interessenträgern aus der EMR, die vorwiegend auf dem Gebiet der (öffentlichen) Gesundheitsversorgung tätig sind, gründeten 2010 zwecks euregionaler Zusammenarbeit die Stichting euPrevent|EMR. Die Stichting möchte die Lebensqualität der Bürger in der Euregio Maas-Rhein verbessern, und zwar vor allem aus der Perspektive der öffentlichen und präventiven Gesundheit. EuPrevent ist innerhalb der EMR Ansprechpartner für Fragen der euregionalen Vorsorge und der öffentlichen Gesundheit.

Wegen der Zusammenarbeit mit der Provinz und aufgrund der vorläufigen Ergebnisse der Sondierung hat der Vorstand von euPrevent beschlossen, die Themen „positive Gesundheit“ und intersektorische Gesundheitspolitik („Health in all Policies“ – HiAP) formal zu zwei ihrer Tätigkeitsbereiche zu machen. Beide passen sehr gut zur Zielsetzung der Stichting und zu den Zielen ihrer Partner in der EMR. Zudem bearbeitet euPrevent bereits seit 2010 im euregionalen Rahmen genau die Themen, die auch politisches Ziel der Provinz sind. Das Thema positive Gesundheit bildet zusammen mit dem Thema „Health in all Policies“ den Rahmen, in dem euPrevent arbeiten muss, will und kann. Dies geschieht in enger Abstimmung mit u.a der Provinz, dem Zweckverband Aachen, den Regionen Flandern, Ostbelgien, Wallonien und der EMR.

Die Stärke von euPrevent ist, dass die Stichting sich bei ihrer Arbeit von Inhalten leiten lässt und dadurch Themen aufgreifen kann, die für mehrere Partner in der EMR Schwerpunkte sind. Zur Umsetzung der Ziele entwickeln die Partner innerhalb der gesetzlichen, strukturellen, organisatorischen und finanziellen Rahmen gemeinsame Aktivitäten und Initiativen. Die Partner haben sich dazu zu so genannten Programmlinien zusammengeschlossen, der Ausgangsbasis für die Bearbeitung der Themen. Die Inhalte sind dabei richtungsweisend.

Außerdem hat sich euPrevent bereit erklärt, bei allen Projekten Folgendes zu berücksichtigen:

- **Bürgerpartizipation.** An allen Projekten von euPrevent werden als formale Partner Bürgerorganisationen bzw. Patientenverbände beteiligt. Sollte dies nicht möglich sein, wird ein nicht unerhebliches Budget für die Gewinnung solcher Vereinigungen reserviert.
- **Wissenschaft.** Alle Projekte müssen direkt oder indirekt auf wissenschaftlicher Grundlage durchgeführt werden. Das kann beispielsweise im Rahmen der WHO sein oder in Form einer qualitativen oder quantitativen Studie, einer bestimmten Methodologie oder einer Dissertation.
- **Schulung.** Zu allen Projekten von euPrevent gehört ein Schulungselement, entweder die Schulung von Bürgern oder von Professionals.

## 7 Euregionale Zusammenarbeit: EU und international

In diesem Kapitel geht es darum, inwieweit eine Zusammenarbeit mit internationalen und europäischen Partnern für die Ambitionen der Provinz von Vorteil ist. Dabei richtete sich der Blick auf die Rollen von WHO und EU.

Die WHO spielt eine wichtige Rolle bei der weltweiten Festlegung internationaler Rahmenvorgaben für die öffentliche Gesundheit. Diese Rahmenvorgaben bestimmen mit, welche politischen Leitlinien auf nationaler Ebene von den Regierungen vorgegeben werden, die sich dann auch auf regionaler und kommunaler Ebene niederschlagen. Auch die EU hat mehrere Prioritäten formuliert, an die sich zu halten von den Mitgliedstaaten erwartet wird. Diese Prioritäten stehen oft in Verbindung mit Themen, die unter die Sozialagenda der Provinz fallen. Zu denken ist an Armutsbekämpfung, Beschäftigung und Ausbildung. In dieser Hinsicht kann die Provinz als Beispiel für sowohl WHO als auch EU dienen, nicht nur aus limburgischer Perspektive, sondern gerade auch in Verbindung mit den euregionalen Zielen. Ein praktisches Beispiel für die Zusammenarbeit innerhalb der EMR ist das Projekt „Seniorenfreundliche Gemeinde“. Es verwendet die Rahmenvorgabe „Aktives Altern“ der WHO und überträgt diese auf dreizehn Gemeinden und ihre Interessenträger. Besonders in Verbindung mit solchen Organisationen kann bewiesen werden, dass die Provinz imstande ist, in Limburg abstrakte Theorien und Vorgaben in nützliche Anwendungen umzusetzen. Sowohl die WHO als auch die EU sind immer emsig auf der Suche nach solchen erfolgreichen Beispielen, weil diese zeigen, was man auf regionaler Ebene erreicht. Außerdem könnte die „positive Gesundheit“ von Machteld Huber ein potenziell neues Konzept sein, das sich die WHO zu eigen machen kann.

Die limburgischen Interessenträger, die Provinz und die EMR waren jahrelang bei der EU und bei Partnern wie dem AdR, DG Sante, DG Regio und AEHR sehr präsent. In den letzten Jahren wurden Limburg und die EMR von Erfolgsgeschichten aus anderen Teilen Europas überholt, insbesondere bei der euregionalen Zusammenarbeit. In den vergangenen zehn Jahren sind die EMR, die Provinz und auch die limburgischen Interessenträger in Brüssel weniger sichtbar. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, die Themen, mit denen sich die Interessenträger im Rahmen von Vorsorge und öffentlicher Gesundheit im euregionalen Rahmen beschäftigt haben, wieder stärker in den Blickpunkt zu rücken. Die Stärke dieser Projekte ist ihr innovativer Ansatz, weil nicht mehr ausschließlich kurative Behandlungen und euregionale Zusammenarbeit im Mittelpunkt stehen, sondern auch öffentliche Gesundheit, Vorsorge und euregionale Zusammenarbeit. Erneut eine Novität in Europa. Diese Novität ist jedoch noch nicht genügend bei der EU und ihren Partnern bekannt, auch deshalb nicht, weil in der Region in den letzten Jahren der Förderung von „Best-Practices“ auf dem Gebiet der öffentlichen und präventiven Gesundheit wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Viele Beispiele haben gezeigt, dass es nützlich ist, sich bei der EU und ihren Institutionen als Region gut zu präsentieren. Ein besseres

Promoting bei der EU und ihren Partnern würde die Provinz stärker ins Rampenlicht rücken, was zu einem besseren Zugang zu Fördermitteln und zu mehr Einfluss auf Beschlüsse führen kann. Die Provinz Nordbrabant hat erreicht, dass durch intensive Lobby in Brüssel mehr Mittel nach Nordbrabant fließen und dass sie öfter von der EU konsultiert wird. Auch andere Regionen (Veneto, Niederösterreich) haben auf diese Weise Erfolge verbucht.

Zudem erwecken die europäischen Vorschriften den Anschein, als ob die Rechte und Chancen aller Bürger gleich seien. Bei gelegentlichen Aufenthalten in einem anderen Land mag das zwar der Fall, aber für die Menschen in Grenzregionen, die oft die Grenzen passieren, geht das nicht auf. Dafür ist gewissermaßen ein Dreifach- oder Vierfachhelix-Ansatz erforderlich, von Bürgern, Professionals, Staat und Wirtschaft. Beispiele aus anderen europäischen Regionen (Irland, Emilio Romana) zeigen, dass ein starkes Engagement staatlicher Stellen einen solchen integrierten Ansatz stimulier